

Bezugspreis:

Wochenblatt 180.— M. monatlich
60.— M. drei ins Haus, voraus-
zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch-
land, Ostpreußen, Ost- und West-
preußen, sowie Österreich u. Rumänien
105.— M. für das übrige Ausland
142.— M. Postbestellungen nehmen
an Belgien, Dänemark, England, Est-
land, Finnland, Frankreich, Holland,
Italien, Luxemburg, Österreich,
Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei
und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareilzeile
kostet 2.— M. Reklamzeile 125.— M.
„Kleinanzeigen“ das selbstdruckte
Wort 7.— M. (zweifach zwei selbstdruckte
Wörter), jedes weitere Wort
6.— M. Stellenangebote und Schlei-
senanzeigen das erste Wort 4.— M.,
jedes weitere Wort 3.— M. Worte
über 15 Buchstaben zahlen für zwei
Wörter. Familien-Anzeigen für Abon-
nenten Seite 10.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4½ Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
und 2506—2507

Sonntag, den 29. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Inseraten-
Abteilung: Dönhoff 2506—2507

Moratorium und Ausgleichszahlungen

Frankreich gegen Erleichterung.

Auf die Note, die die deutsche Regierung im Zusammenhang mit dem Moratoriumsgesuch vom 12. Juli den beteiligten alliierten Regierungen wegen der Barzahlungen im Ausgleichsverfahren und der Urteile der gemischten Schiedsgerichte (Artikel 297 E) übermittelt hat, ist die Antwort der französischen Regierung eingegangen. Darin werden, wie WTB. meldet, die deutschen Anträge, die dahin gehen, die in dem Londoner Abkommen vom 10. Juni 1921 vereinbarten monatlichen Pauschalzahlungen von 2 Millionen Pfund zur Abdeckung der Debitsalden im Ausgleichsverfahren auf 500 000 Pfund herabzusetzen und Vorsorge dafür zu treffen, daß aus den Schiedsgerichtsurteilen, die vereinbarungsgemäß in erster Linie aus dem Erlös des liquidierten deutschen Eigentums erfüllt werden sollen, für die Dauer des Moratoriums keine Barzahlungen gefordert werden,

in ungewöhnlich scharfer Form abgelehnt.

Die französische Regierung stellt für den Fall der Nichtzahlung der Monatsrate im Ausgleichsverfahren die Kündigung des Abkommens vom 26. Juni 1921, die nach ihrer Meinung auch die Aufhebung der späteren Vereinbarungen über die Abdeckung der Ansprüche aus Artikel 297 E zur Folge haben würde, das Verbot an die französischen Ausgleichsämter, deutsche Forderungen anzuerkennen und das Verlangen der striktesten Durchführung des Friedensvertrags in Aussicht. Dazu würde, wie in der Note ausgeführt wird, auch die

Aufhebung des Reichsausgleichsgesetzes

gehören, in dem die deutsche Regierung zugunsten der deutschen Schuldner weit über die Berechnungen aus dem Friedensvertrag hinausgegangen sei. Für den Fall der Aufhebung des genannten Gesetzes und der Abrechnung mit den deutschen Schuldnern zum vollen Tageskurs erbittet sich die französische Regierung Listen derjenigen deutschen Schuldner, die sich dem Reichsausgleichsamt gegenüber zur Zahlung des Tageskurses außerstande erklären, entgegenzunehmen, um durch Veröffentlichung ihrer Namen in den alliierten Ländern einen Druck auf sie auszuüben.

Bezüglich der Ansprüche aus Artikel 297 E wird gesagt, Deutschland könne sich die erforderlichen Mittel dadurch verschaffen, daß es die Durchführung des Artikels 297 J, der der deutschen Regierung die Entschädigung ihrer Staatsangehörigen wegen der Liquidation des deutschen Eigentums auferlegt, suspendieren oder verlangsamt.

Schließlich verlangt die französische Regierung binnen einer Frist von zehn Tagen

vom 26. Juli ab eine Erklärung der deutschen Regierung, daß das deutsche Ausgleichsamt künftig die Pauschalsumme von 2 Millionen Pfund zahlen wird und kündigt an, daß sie anderenfalls gewisse, nicht näher bezeichnete Maßnahmen in Wirksamkeit treten lassen werde.

Vorbereitungen zur Einigungsfrage.

Vertreter der Parteivorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei trafen am Freitag, den 28. Juli, zu einer Sitzung zusammen, in der eine allgemeine Aussprache über die Frage der Einigung beider Parteien stattfand. Es herrschte auf beiden Seiten Einmütigkeit darüber, daß die Selbständigkeit beider Parteien in keiner Weise beeinträchtigt werden darf, bis die Parteitage Stellung genommen haben, daß aber andererseits in der Presse, in Versammlungen und in den öffentlichen Vertretungsgesellschaften alles zu vermeiden ist, was der Einigung Hindernisse bereiten könnte. Man verständigte sich über die Notwendigkeit, vor den beiderseitigen Parteitag Beratungen über die programmatischen und organisatorischen Fragen stattfinden zu lassen, um die Parteitage in die Lage zu versetzen, zur Einigungsfrage positive Stellung zu nehmen.

Waffenfunde in Berlin-Lichterfelde.

Amlich wird von der Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidiums mitgeteilt:

Beamte der Berliner polizeilichen Polizei haben in den letzten Tagen in Berlin mehrere Waffenlager beschlagnahmt. So in Lichterfelde in der Villa des Direktor Döcker, wo im Dachgeschoss 3 Maschinengewehre (1 schweres und 2 leichte), 2 Maschinenpistolen, 120 Gewehre, mehrere Pistolen, Handgranaten, Stahlhelme, Seitengewehre und zahlreiche Munition gefunden wurden. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich hierbei um Waffenbestände der früheren Lichterfelder Einwohnerwehr.

Die Lichterfelder Einwohnerwehr, zum mindesten ein Teil ihrer Mitglieder unter Führung eines gewissen Leutnant Siegfried Schmidt hat schon verschiedentlich eine üble politische Rolle zu spielen versucht. Siegfried Schmidt soll überdies Lehrer an der jetzt staatlichen Bildungsanstalt — Kadettenanstalt — Lichterfelde sein. Unter ihm bekam die Einwohnerschaft während der Rapp-Tage bedenkliche Verbindung mit der Ehrhardt-Brigade. Schon

Die „Agence Belge“ teilt mit: Die belgische Regierung hat der deutschen Regierung auf deren Ersuchen um Verminderung der monatlich den Ausgleichsämtern von Deutschland zu zahlenden Summen erwidert, sie wüßte das Ersuchen um ein Moratorium für die Wiedergutmachungszahlungen und das Ersuchen um Verminderung der Ausgleichszahlungen gemeinsam zu behandeln, wie sie diese stets als gemeinsam betrachtet habe und wie sie es nach dem Versailler Vertrage seien, der die Priorität der Wiedergutmachungen vor allen anderen Verpflichtungen Deutschlands aufstellt.

Der Bericht des Garantiekomitees.

Paris, 28. Juli. (GE.) Der Bericht des Garantiekomitees wird der Reparationskommission kaum vor Mittwoch oder Dienstag überreicht werden, da zunächst die englische Uebersetzung fertiggestellt werden muß. Auch die heutige Nachmittagsitzung der Reparationskommission konnte sich daher offiziell mit diesem Bericht noch nicht befassen. Der Bericht ist äußerst umfangreich und beschäftigt sich zuerst mit den vier deutschen Budgets, nämlich dem ordentlichen Etat, dem außerordentlichen Etat, dem Etat der staatlichen Unternehmungen und dem Reparationsetat. Das Garantiekomitee schlägt eine Reihe von Ausgaben vor, die gestrichen werden sollen. Andererseits rät es zu Ersparnissen unter dem Vorbehalt technischer Untersuchungen. Der Bericht spricht auch

den deutschen inneren Schuldendienst einzustellen.

Das Garantiekomitee spricht sich allerdings darüber nicht aus, ob diese Maßnahme empfehlenswert sei. Immerhin könnte die Bitte der deutschen Regierung ein Moratorium diese Frage ansprechen. Die Gesamtsumme der Ersparnisse, die die deutsche Regierung nach Ansicht des Garantiekomitees erzielen könnte, wird auf etwa 30 Milliarden Papiermark, d. h. etwa 300 Millionen Goldmark geschätzt. Außerdem schlägt das Garantiekomitee

eine Reihe direkter und indirekter Steuern

vor. Das Garantiekomitee betont, daß alle diese Maßnahmen bei einer Sanierung der deutschen Finanzen erst in zweiter Linie kämen. Die Hauptaufgabe sei, die Kapitalflucht zu verhindern und die Mark zu stabilisieren. Es sei

angebracht, eine internationale Anleihe zugunsten Deutschlands aufzulegen.

Die deutsche Regierung würde etwa die Hälfte davon zu Reparationen und den Rest zu einer Gesundung der deutschen inneren Finanzwirtschaft benutzen können, wodurch eine weitere Ausgabe von Banknoten vermieden würde.

Der französische Ministerrat soll trotz dem Widerstand der Industrie beschlossen haben, die deutschen Sachleistungen zu den Mindestsätzen zu vergeben.

domas wurden der Einwohnerwehrleitung die verschiedensten Waffenschiedungen nachgewiesen. Später lieferte man einen Teil der Waffen gegen Belohnung ab. Eine genaue Kontrolle blieb unmöglich, weil Siegfried Schmidt die Waffensachen verschwinden ließ.

Bei dem Schantwirt Wiyke, Berlin N., Hochstraße, ist in der Regalkammer ein dort eingemauertes Waffen- und Sprengstofflager beschlagnahmt worden, und zwar 20—25 Kilogramm Sprengstoffladung, 400 Reiter Zündschnur, 3 Maschinenpistolen, 8 Gewehre, 4 Karabiner, 40 Handgranaten sowie Munition. Wiyke ist kommunistischer Bezirksverordneter des Bezirks Wedding.

An diesem Sprengstofflager sieht man, welche Auswirkungen die deutschnationalistische Propaganda und die in jenen Kreisen gepflegte heimliche Rüstung gegen den inneren Feind hat. Auf linksradikaler Seite werden so von verdrehten Köpfen auch Waffen gesammelt; auf diese Art dreht sich die Nordatmosphäre immer von neuem aus.

Kein deutsches Ueberfliegungsverbot.

In den letzten Tagen waren Meldungen verbreitet worden, wonach die Reichsregierung anderen Regierungen ein Verbot des Ueberfliegens deutschen Reichsgebietes zur Kenntnis gebracht habe. In Wahrheit hat die Reichsregierung an die der Entente nicht angehörenden Staaten eine Note gerichtet, die darauf hinweist, daß Deutschland jetzt wieder Flugzeuge bauen darf, dabei aber gewisse technische Bedingungen innehalten muß, da sie sonst von der Entente als verbotenes Kriegsgerät betrachtet werden. Da nun auch die Einfuhr von Kriegsgerät Deutschland verboten ist, so werden die Regierungen ermahnt, dafür zu sorgen, daß aus ihren Ländern nur solche Flugzeuge nach Deutschland fliegen, die den erwähnten Bedingungen entsprechen. Es sollen dadurch Schwierigkeiten mit der Entente vermieden werden und die Note empfiehlt daher auch, den Flugzeugen eine amtliche Bescheinigung mitzugeben, daß sie jenen Bedingungen entsprechen. Die Entente ist ja nach dem von ihr diktierten „Recht“ an Bedingungen nicht gebunden.

Frieden und Recht!

Der Brief des Reichspräsidenten.

Wer den Reichspräsidenten darob tabeln will, daß er sich mit einem inhaltlich unmißverständlichen, in der Form aber höchst verächtlich gehaltenen Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten, Grafen Lerchenfeld, gewandt hat, der möge daran denken, was diese Tage an der Juli-August-Wende in unserer Erinnerung bedeuten. Heute vor acht Jahren begann der Krieg zwischen Oesterreich und Serbien, der sich trotz aller „Loyalisierungserfolge“ bischneil zu einer Weltkatastrophe von bis dahin noch nie erlebter Größe entwickelte. Ein politischer Mord und seine Sühne bildeten den Ausgangspunkt dieser ungeheuren Völkerverdrängung. Ihr Verlauf soll für alle Staatsmänner Lehre und Warnung sein, er soll ihnen den Rat ans Herz legen, auch das Neueste und Letzte an Versöhnung zu versuchen, ehe sie Notgedrungen einer unheilvollen Entwicklung freien Lauf lassen, von der niemand weiß, wo sie endet.

Wie einst das Attentat auf den österreichischen Thronfolger, so hat jetzt der Mord an Rathenau eine äußerst gefährliche Lage geschaffen. Auch ruhig denkende Politiker hegen am 24. Juni die schwere Sorge, daß nun entfehlte Leidenschaften den Bürgerkrieg heraufbeschwören könnten. Es ist der Disziplin der republikanisch gesinnten Arbeitermassen, es ist der Arbeit der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien, schließlich auch der politischen Einsicht der deutschen Regierungen und einer ungeheuren Reichstagsmehrheit zu danken, daß die befürchteten schwersten Erschütterungen ausblieben. Die neuen vom Reichstag beschlossenen Gesetze schafften Beruhigung und Hoffnung auf bessere Sicherheit. Da kam die neue Erschütterung aus Bayern.

Man muß sich bemühen, durch alle wogenden Phrasennebel hindurch den Kern der Sache zu sehen. Da darf man sich nicht lange aufhalten bei der Behauptung, daß ein Gesetz, das von der Deutschen Volkspartei mitbeschlossen wurde, „bolschewistisch“ sei oder daß der Reichsrat mit allen gegen die Stimmen Bayerns etwas ungesetzliches haben könne, was für die einzelnen Länder und Stämme des Reiches unerträglich sei. All das ist nur vorgeschützt, um die Tatsache zu verdecken, daß die bayerische Regierung ihre verfassungswidrige Verordnung aus Furcht vor einem drohenden Rechtsputsch erlassen hat.

Die bayerische Regierung wagt es nicht, das Gesetz zum Schutz der Republik anzuwenden aus Furcht vor denen, gegen die es sich richtet. Die Leute, die mit drohend geballten Fäusten den Grafen Lerchenfeld auf verhängnisvollem Weg vorwärts gestoßen haben, sind eben dieselben, die allen Grund haben, eine Berührung mit dem Staatsgerichtshof und der Kriminalpolizei zu scheuen. Es ist der eisaspine Faschismus, der unter der blauweißen Fahne gegen die republikanische Reichseinheit Sturm läuft, und Graf Lerchenfeld ist für den Augenblick sein Gefangener geworden.

Es gibt unter den Aufgeregten in Südbayern zweifellos auch ehrliche, in der Grundstimmung demokratische Förderalisten. Denen würde das Reich gern manches und vieles zu Gefallen tun, wenn sie es nur verstanden hätten, sich vom völkisch-monarchistischen Putschismus sauberlich getrennt zu halten. Aber nichts hat dem Gedanken des demokratischen Förderalismus mehr geschadet, als seine enge Verbindung mit jenen reaktionären Elementen, die nach Eitelwold von Hohenzollern berühmtem Wort schon immer auf das Reich gepfiffen haben.

Wir kämpfen von Berlin aus jetzt nicht gegen den Förderalismus, sondern gegen die putschistische Reichsunterwürfung, und es ist nicht unsere Schuld, daß sich jenes Verbrechen hinter die „bayerischen Hoheitsrechte“ verschangen durfte. In dem Augenblick, in dem zwischen jenen ehrlichen Förderalisten und den zielbewußten Reichszerstörern eine reinliche Trennung sichtbar wäre, wäre eine neue Lage geschaffen.

Daran, daß verfassungsmäßig beschlossene Reichsgesetze durchgeführt werden müssen, vermöchte freilich auch diese neue Lage nichts zu ändern. Denn würde jetzt durch neueste bayerische Gewohnheit neues Recht geschaffen, dann könnte jede Interessentengruppe, falls es ihr nur gelingt, die Regierung ins Bodshorn zu jagen, die Nichtausführung eines ihnen nicht genehmen Gesetzes erzwingen. Die Frage, die im gegenwärtigen Streit entschieden wird, lautet nicht: „Föderalismus oder Zentralismus?“, sondern sie lautet: „Staat oder Anarchie!“

Wie diese Frage von München aus beantwortet wird, darauf wird der Reichspräsident nicht lange warten können. Eine negative oder inhaltlose Antwort wäre ein überaus schlechtes Vorzeichen, denn wenn dann der Reichspräsident von seinem Recht aus Art. 48 der Reichsverfassung Gebrauch macht und die Aufhebung der bayerischen Verordnung verlangt, würde ein Verharren Bayerns im Widerstande eine akute Krise von ganz unabsehbaren Auswirkungsmöglichkeiten eröffnen.

Es ist recht, daß man der bayerischen Regierung und dem bayerischen Volke Zeit läßt zu überlegen, was auf dem Spiel steht. Es ist recht, daß man die Erfahrungen der Vergangenheit

heit beherzig und sich nicht von noch so berechtigter Leidenschaft sein Handeln vorschreiben läßt. Aber die Zeit, die übrig bleibt, muß in Bayern dazu benutzt werden, um zu begreifen, daß die deutsche Reichsverfassung nicht gewaltsam revidiert werden und daß das zu allererst auf Wunsch und im Interesse von Verschönererzirkeln geschehen darf.

Der Reichspräsident hat ruhig, freundschaftlich, in verständlichem Ton, aber in der Sache selbst fest gesprochen. Deutschland und die ganze Welt wartet auf Bayerns Antwort.

Baden und Württemberg gegen Bayern.

Karlsruhe, 28. Juli. (W.Z.) Der „Badische Beobachter“ behandelt die bayerische Sonderverordnung und lehnt sie ab, denn es gehe nicht an, daß ein Land die von der gesamten Volksvertretung geschaffenen Gesetze als für sein Land unwirksam erklärt. Das bayerische Verhalten werde nach der Auffassung des Blattes zu Verhältnissen führen, die das Reich in Trümmer schlugen. Das Blatt weist darauf hin, daß die Deutschen in München, die alle Hebel in Bewegung setzen, um die Stimmung in Bayern gegen das Reich aufzureizen, von den Blättern der Berliner Deutschen und ehemaligen Konservativen unterstützt werden, die früher die Bayern auf das größte Maß anführen, wenn sie ihre politische und kulturelle Eigenart gewahrt wissen wollten.

Stuttgart, 28. Juli. (W.Z.) Der „Schwäbische Merkur“ sieht in der Verordnung der bayerischen Regierung eine offene Auflehnung gegen die verfassungsmäßige Zuständigkeit der Reichsregierung, die trotz der Erklärung der Reichstreue aus München zu den allerbedenklichsten Konsequenzen führen könne. Das Blatt hofft, daß sowohl in München wie in Berlin das Klischee von Takt und Behutsamkeit aufgeweckt werde, um eine verständliche Lösung herbeizuführen.

Augsburg, 28. Juli. (W.Z.) Der hiesige Stadtrat erließ in seiner heutigen Sitzung eine Erklärung, worin es heißt: Der Stadtrat von Augsburg tritt den Erklärungen, die der Münchener und der Nürnberger Stadtrat zu dem Vorgehen der bayerischen Regierung gegenüber dem Reichsgesetz zum Schutze der Republik abgegeben haben, vollinhaltlich bei. Der Stadtrat sieht in den Verfügungen, die durch die Stellungnahme der bayerischen Regierung ausgelöst werden müssen, schwere Gefahren politischer und wirtschaftlicher Natur, auch für unsere Industriestadt. Der Stadtrat von Augsburg steht treu zum Reich und seinen Gesetzen und erwartet von der bayerischen Regierung die Abkehr von ihren verhängnisvollen Beschlüssen.

Will man nicht entgegenkommen?

München, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Graf Verchenfeld wird das Schreiben des Reichspräsidenten vorläufig nicht persönlich beantworten, sondern über die jetzt einzuschlagende Haltung der bayerischen Regierung zunächst mit den Parteiführern Beratungen abhalten. Wie verlautet, beabsichtigt die bayerische Regierung jedoch nicht, die von dem Reichskabinett einstimmig als rechtsungültig bezeichnete Notverordnung ohne weiteres rückgängig zu machen.

München, 28. Juli. (W.Z.) Laut „Bayerischer Staatszeitung“ dürften der Ministerrat und die Parteien voraussichtlich erst anfangs nächster Woche zu dem Brief des Reichspräsidenten Stellung nehmen.

Richter gegen das bayerische Unrecht.

Der Republikanische Richterbund übermittelt uns folgendes Rundschreiben, das er seinen bayerischen Mitgliedern zusandte:

„Die bayerische Regierung hat es aus politischen Gründen unternommen, Reichsrecht durch Landesrecht zu brechen oder wenigstens zu biegen; sie hat es für gut befunden, im Wege einer Notverordnung die zum Schutze der Republik verfassungsmäßig beschlossenen Reichsgesetze als solche zu ignorieren und in ihrer Durchführung zu hindern. So ist für die bayerischen Richter eine überaus ernste und verantwortungsschwere Lage entstanden. Wir bitten deshalb unsere Mitglieder, leidenschaftslos, wie es dem Richter ziemt, den Vorstoß Bayerns als das zu erkennen und zu behandeln, was er ist. Die der Notverordnung beigegebene Begründung trägt für jeden parteipolitisch unbefugbaren Richter die

Kenntnisse einer unjuristischen, stehenden Umdeutungstechnik. Es liegt klar zutage, daß im gesamten Herrschaftsbereich eines ordnungsmäßig erlassenen Reichsgesetzes eine die Durchführung des Gesetzes sperrende Sonderverordnung auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung unmöglich ist. „Reichsrecht bricht Landesrecht“ ist einer der obersten Verfassungsgrundsätze. Sollten sich in Bayern Richter finden, die jene Verirrung der bayerischen Regierung gut heißen, so wird es gerade an unseren Mitgliedern sein, die Würde der geordneten Justiz zu wahren und dem Reiche zu geben, was das Reiche ist.

Im Notfall bitten wir, mit dem Vorstand des Republikanischen Richterbundes in Verbindung zu treten.“

Das Urteil eines Münchener Staatsrechtslehrers.

Kürnberg, 28. Juli. (W.Z.) Karl Reichenbächer, ordentlicher Professor des Staatsrechtes in München, nimmt im „Frankfurter Kurier“ Stellung zu der bayerischen Sonderverordnung und lehnt sie als nach der Reichsverfassung nicht zulässig ab. Die bayerische Sonderverordnung kann sich nach Reichenbächer nur stützen auf Art. 48 der Reichsverfassung. Nach diesem Artikel, kann die Landesregierung eine „einstweilige Maßnahme“, wie sie die bayerische Sonderverordnung darstellt, nur treffen, wenn „Gefahr im Verzuge“ ist. Diese Voraussetzung war nicht gegeben. Nach § 48 kann auch der Reichspräsident oder eine Landesregierung Maßnahmen treffen, die nicht in einem Gesetze vorgehoben sind. Unmöglich ist es aber ein Reichsgesetz, das gerade Ausnahmefälle für die Anwendung von Gefahren für die Staatsverfassung aufstellt, aufzuheben. Auch staatsrechtlich muß nach R. die Verordnung Bedenken erregen. In der Einleitung wurde angedeutet, daß die Schutzgesetze nicht verfassungsmäßig seien. Wenn dem so wäre, dann hätte aber die bayerische Regierung nach Art. 19 der Reichsverfassung das Recht und die Pflicht, vor dem Staatsgerichtshof des Reiches dagegen Einspruch zu erheben und eine Entscheidung herbeizuführen. Bayerische Hoheitsrechte, auf die in der Verordnung hingewiesen wird, bestehen nur soweit, als das Reichsgericht sie nicht ausschließt. Also auch hiermit kann sich die bayerische Regierung in diesem Falle nicht berufen.

Ludendorffs Tätigkeit in Bayern.

Wertwürdiger Optimismus der Regierung.

München, 28. Juli. (W.Z.) Auf eine kommunistische Anfrage im Bayerischen Landtag wegen der Tätigkeit Ludendorffs in Bayern wurde in der heutigen Plenarsitzung des Bayerischen Landtags mitgeteilt, daß es als falsch bezeichnet werden muß, daß in den Äußerungen Ludendorffs gegenüber dem Berliner Korrespondenten des „Reinhold Herald“ ein Versuch zu erblicken sei, sich der Entente als Soldatenführer gegen Rußland anzubieten. Auch die Behauptung, daß Ludendorff eine heberische und verleumdende, das Reich schädigende und der Entente Vorstoß leistende Tätigkeit entwickele, sei nicht gerechtfertigt.

Lügen über den Reichskanzler.

Berlin, 28. Juli. (W.Z.) Die „München-Augsburger Abendzeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 27. Juli die Meldung, der Reichskanzler Dr. Birk habe mit dem Reichspräsidenten Ebert in der bayerischen Angelegenheit eine eingehende Rücksprache gehabt, wobei er dem Reichspräsidenten vorgeschlagen habe, im Notfalle gegen Bayern den Artikel 48 der Verfassung anzuwenden. Das Blatt fügt hinzu, es sei unwahrscheinlich, daß der Reichspräsident die Verantwortung auf sich nehmen werde, Reichswehr nach Bayern zu senden. Die Nachricht ist in vollem Umfange frei erfunden. Der Reichskanzler hat einen solchen Vorschlag weder gegenüber dem Reichspräsidenten noch auch dem Reichskabinett gemacht.

Säuberung der Schutzpolizei.

Neben der Republikanisierung der Verwaltung und der Reichswehr wird in immer höherem Maße auch eine Säuberung der Schutzpolizei von antirepublikanischen Elementen gefordert. Tagtäglich kann man in der Presse Klagen über eine antirepublikanische Betätigung von Offizieren der Schutzpolizei im Dienste lesen. Die sich daran knüpfende Kritik schießt aber leider oft über das Ziel hinaus. Man gelangt dabei nicht selten zu Verallgemeinerungen, die bei der Mehrzahl der Angehörigen der Schutzpolizei, die treue Republikaner sind, Erbitterung hervorrufen. Mit einer derartigen Kritik wird die Republikanisierung der Schutzpolizei nicht gefördert. Viel wirksamer ist hingegen eine sofortige Reibung aller monarchistischen Ausschreitungen an die vorgesetzten Behörden. Diese sind verpflichtet, überall energisch durchzugreifen. Wie ernst es dem bayerischen Ministerium des Innern mit der Schaffung einer absolut zuverlässigen republikanischen Schutzpolizei ist, zeigt folgende vom „Soz. Parlamentsdienst“ veröffentlichte Zusammenstellung über die Entlassung monarchistischer Schupo-Offiziere in den letzten Wochen:

Im Saest ist ein Polizeihauptmann vom Dienst entbunden worden, dem eine Verletzung seiner Berufspflichten im verfassungseindlichen Sinne zur Last gelegt wurde.

Aus den gleichen Gründen ist gegen zwei Polizeioffiziere in Siertrade ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Ein Polizeioberleutnant in Sensburg wurde entlassen, weil er sich an einer Waffenschiebung beteiligt hatte.

Ein Disziplinarverfahren, mit dem Ziel der Dienstentlassung, wurde gegen einen Polizeileutnant in Breslau eingeleitet, weil er eine Sammelbestellung auf die vom Ordensrat des „Bund der nationalen Gesinnung“ verliehene Ehrenmedaille des Weltkrieges am „heilig schwarzweißen“ Bande, trotz des ausdrücklichen Inhalts des Vorwurds, in dem die Republik und die Regierung geschmäht wurden, übernommen hatte.

Gegen sechs Polizeioffiziere ist das Entlassungsverfahren eingeleitet, weil sie im Unterricht auf der höheren Polizeischule in Eich eine beleidigende Zwischenruf gemacht haben, die sich auf den Reichspräsidenten und die Verfassung bezogen.

Ein Polizeioberleutnant in Runkel ist entlassen worden, weil er sich in Uniform an einer monarchistischen Kundgebung beteiligt hat.

Ein Polizei-Oberstwachmeister in Breslau mußte den Dienst quittieren, weil er im Dienst eine Befinnung betätigte, die mit der Treue zur Verfassung nicht in Einklang zu bringen war. Ein anderer Breslauer Polizeioffizier hatte sich an militärischen Übungen im Glatzer Bergland beteiligt, die mit der Geheimorganisation C in Verbindung gebracht werden. Er ist vom Dienst entbunden worden.

Zwei Hildesheimer Polizeioffiziere gehörten dem „Stahlhelm“ an und haben für diesen Verein gearbeitet. Gegen sie ist das Entlassungsverfahren eingeleitet.

Neunzehn Polizeioffiziere in Hannover haben sich gelegentlich eines Kaffeebesuches im Garten der früheren Kriegsschule in Hannover antirepublikanisch aufgehalten. Die Entlassung ist vom Minister verfügt worden.

Zwei Offiziere in Urd haben ihre Berufspflichten bei einer Kundgebung für den General Eismann bzw. einem Sportfeste des Kaiserlichen Reitervereins gröblich verletzt. Ein anderer Urd-Offizier hat sich bei der Unternehmung durch eine Ministerialkommission die ungehörigsten Bemerkungen über die Befugnisse seiner Vorgesetzten erlaubt. Die beiden ersteren sind mit einem strengen Verweis bestraft und veretzt worden; der letztere wird entlassen.

Zwei Offiziere in Mariswerder haben durch herabsetzende Äußerungen über die Regierung den Beweis ihrer unloyalen Befinnung erbracht. Auch sie sind entsprechend bestraft worden.

Der Reichspräsident in Magdeburg.

Magdeburg, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Am Freitag vor-mittag traf der Reichspräsident zum Besuch der Niama in Magdeburg ein. Tausende von Republikanern füllten den großen Bahnhofspfad bis zur Republikstraße hinauf. Die Farben der deutschen Republik wehten überall. Als der Zug einlief, ertönten Lautes von Hochrufen und hallten von den Bahnhöfen hinaus auf die Straße zu den Tausenden, die den Ruf aufnahmen. Langsam bogen sich die Autos einen Weg durch die dicke Menge, in der ein Hochruf den anderen ablöste. Einem deutschen nationalen Jüngling, der dem Präsidenten Schmahworte zurief, wurde von der erregten Menge die verdiente Züchtigung zuteil; er wurde von der Schutzpolizei verhaftet. Auf dem Weg der Mitteldeutschen Ausstellung (Niama) hielt Oberpräsident Hörsting die Begrüßungsansprache, in der er besonders die Verfassungstreue und republikanische Befinnung der Bevölkerung der Stadt Magdeburg und der Provinz Sachsen betonte.

Nach dem Rundgang durch die Ausstellung folgte eine Besichtigung der berühmten Gruson-Gewächshäuser und eine Rundfahrt durch das bunte Magdeburg. Der Reichspräsident besuchte vor allem die Arbeiterwohnungen des Arbeiter-Bau- und Sparvereins und der Gartenstadt „Reform“, wo er von der Arbeiterjugend begrüßt wurde.

Deutsche Landsknechte um 1914.

Von Rolf Koll.

Tragödien älteren Stils pflegte ein lustiges „Vorspiel auf dem Theater“ voranzujagen. Das Drama des Weltkrieges brachte schnell eine historische Fosse in Vergessenheit, die in Ermangelung interessanter Stoffe die Zeitungsleser zweier Hemisphären monatelang in angestrengter Spannung hielt.

Durazzo — Brent Bibboda — Wilhelm Wied, Abret von Albanien, Effod Pascha — vielleicht rufen diese Namen in dem einen oder anderen Leser die Erinnerung nach an jene Zeiten, in denen Albanien im Brennpunkt des politischen Interesses stand. Der „albanische Krieg“. Die „Belagerung“ Durazzos. Die „Rebellion“ der Skiptaren (die teils griechisch-orthodox, teils mohammedanisch waren) gegen ihren „angestammten“ Herrscher, der protestantischer Gardebefehlshaber war und ein Vierteljahr vor seinem Regierungsantritt kaum gewagt haben dürfte, daß es ein Albanien gab, dessen Rationalist Rasprista heißt und in dem man seine Steuern zu begleichen pflegte, indem man den Steuerboten die Nasen abschneidete.

Es war die glänzendste Parodie auf die Würde des Staates, das Gottesgnadentum der Dynastie und die Erbhabenheit des Krieges. Wir haben uns in den wenigen Wochen dieses Satirspiels gesund gelacht. Aber wenn ich heute daran zurückdenke, gemahre ich, wie in der Groteske bereits die Weissagung des Schrecklichen lag, das folgen sollte.

In Albanien war „Krieg“. Der frischgeborene König brauchte ein Heer, um sich der allzu großen Liebe seines Volkes zu erwehren. Es wurde eine freundliche Einladung an alle diejenigen erlassen, die darunter litten, daß in Europa Frieden herrschte. Man suchte Landsknechte, die mit Kanaliengewehr und Stodageschütz umzugehen verstanden.

Und die Landsknechte kamen. Sie waren nicht so buntgemischt wie die Fähnlein des Mittelalters. Immerhin, es war Auswahl. Ein junger Schotte, persönlicher Freund des Fürsten, sah in der Angelegenheit einen smarten Sport. Ein ungarischer Graf, Offizier eines feudalen Handregimentes, riskierte für das Abenteuer die Uniform, denn in Oesterreich war die Werbung für Albanien wenigstens offiziell verboten. Ein rumänischer Oberst ließ sich von seinem Kriegsministerium „abkommandieren“.

Aber das waren nur einzelne. Die Masse und die Führer, sie waren Deutsche.

Wer war Kommandeur der Wiedschen Kavallerie? Herr v. G., ehemaliger Hularenoffizier, dem der deutsche Friedensdienst zu langweilig geworden war, der gestern bei Enver Pascha in Tripolis auf Italiener schoß und heute in eigener Regie gegen Albanien in ihrem eigenen Lande zu Felde lag.

Und wer befehligte die Wiedsche Artillerie? Herr v. L., Rittmeister im Saarbrücker Infanterieregiment, dem der Fürst nie etwas zuleide, die Albanier nie etwas zuleide getan hatten.

Wer „verteidigte“ Walona? Zwei deutsche Herren, die sich aus dieser militärischen Aufgabe einen Ferienzug machten. Sie waren, auf der Reise von Ägypten nach Deutschland, in Walona aus Rußland an Land gegangen, und als man ihnen erlaubte, mit

Kanonen zu schießen und sie dafür erstklassig zu verpflegen versprach, konnten die Herren Referentoffiziere der Artillerie nicht widerstehen. Sold haben sie, soviel ich weiß, nicht bezogen. Wer wird sich auch für ein Vergnügen noch bezahlen lassen!

Und von wo kamen die albanischen „Fremdenlegionen“, die der famose Bildhauer Gurschner (Wilhelm Wieds Spezi) sammelte, die meisten „Freiwilligen“? Aus Deutschland! Was machen die künftigen Rindern für Augen, als eines Tages eine freigestellte Kompanie unter Leitung eines graubärtigen Ostafrika-Feldwebels auf dem Marktplatz von Durazzo zu exerzieren begann! Aber all diesen Männern sprach die Freude aus den Augen, wieder einmal tüchtig himsen zu dürfen und einem Fürsten zu dienen, der auf den Namen „Wilhelm“ hörte. Sie waren durchaus und in jeder Beziehung „Freiwillige“. Unfreiwillige wurden sie erst, als die versprochene Löhnung nicht gezahlt wurde und sie kein Geld zur Rückfahrt mehr besaßen. Aber da brach der wirkliche, der Weltkrieg aus, und der deutsche Gesandte in Italien beförderte uns alle gratis und franko auf die deutschen Kasernenhöfe. Das war heute vor acht Jahren.

Ich erinnere mich an zwei junge Leute, die ziemlich spät erst in Durazzo eintrafen und die ich eingehend über ihre Gründe befragte. Der eine war Fährlich, Sohn aus einer Familie des pommerischen oder medienburgischen Uradels. Er war einfach ausgegriffen, um mitzumachen. Wegen der Folgen machte er sich keine Sorgen. „Mein alter Herr rentt das schon ein. Wenn ich hier Offizier werde, können sie mich drüben nicht wegjagen.“ Der andere, Sohn eines hiesigen Gymnasialprofessors, sagte wörtlich: „Man darf einer deutschen Fürsten nicht in Not lassen.“ Als ich meinte, deshalb brauche doch nicht ausgerechnet er von der Unterprima auszurücken, gestand er, daß die Bilder des Fürsten in den illustrierten Zeitungen es ihm angetan hätten. Er wolle Wilhelm v. Wied als getreuer Lehmann dienen. Für einen geliebten Herren sterben, sei das schönste Los.

Ich wage nicht, über die Moroten dieses Jungen zu spotten, denn er hat das beneidenswerte Schicksal gehabt, daß sein höchster Wunsch in Erfüllung ging. Er fiel in Frankreich, begründet vom glückseligen Derwahn, „einem geliebten Herrn treu gebient zu haben“. Aber er und die andern — wie sind sie typisch für die Menschen, mit denen in Deutschland der Krieg gemacht wurde. Der „Kindermord“ bei Bagernard, er ist begangen worden an solchen jungen Phantasten, denen das mißverstandene deutsche Mittelalter im Kopfe spulte. Ich weiß nicht, ob der damalige Fährlich v. J. noch lebt, wenn ja, so ist er sicherlich Mitglied der Organisation C, des „Stahlhelm“ oder irgendeines Selbstschutzes.

Das „Königreich Albanien“ gehört längst der Legende an. Die Oesterreicher entwickelten humor, als sie den verhängten „Abret“ (der übrigens bis heute noch nicht dem Throne „entsagt“ hat) dem Stab des Operationstörps gegen Albanien zuteilten, damit er wenigstens auf diese Weise einmal sein ganzes Band zu sehen bekam. Von dem, was sich in jenen kurzen Frühommerwochen dort abgespielt hat, wissen heute nur wenige noch zu berichten. Wollte man etwas daraus machen, so würde es ein Operetten-Vibreito.

Die Tatsache aber, daß es unmittelbar vor dem Weltkrieg eine Zufallsgemeinschaft deutscher Menschen gab, die ihre Haut zu Markte trugen um des Kaufens willen, verdient fest-

gehalten zu werden. Denn neben viele andere gehalten, beweist auch sie die Notwendigkeit dessen, daß die Parole des „Wie wieder Krieg!“ ein Schlagwort sein muß wider eine Erziehung, die dem Raub- und Mordinstinkt im Menschen Vorstoß leistet und die „Ideale“ des Landsknechtstums so sehr kultiviert hat, daß der Schritt vom Houbeggen zum — Bravo nicht ungetan bleiben konnte.

Theatergeschichtliches Lehrfach an der Universität Köln. Nachdem bereits im vergangenen Jahre eine theatergeschichtliche Abteilung des Deutschen Seminars an der Universität Köln gegründet worden ist, beschloß die philosophische Fakultät nunmehr, Theatergeschichte als besonderes Prüfungsfach beim Doktorexamen anzuerkennen. Dadurch hat Köln den Anfang mit einer Entwicklung gemacht, die dem Theaterfachmann ein besonderes Studium ermöglicht. Im Wintersemester werden besondere Kurse unter Leitung von Dramaturgen und Regisseuren abgehalten werden.

Kindereimport. Wie man weiß, ist Frankreich schon längst infolge der sinkenden Geburtenzahl von Entvölkerung bedroht. Noch nie zuvor hat aber eine Volkszählung so beunruhigende Ziffern ausgegeben, wie die vom Jahre 1921, deren Ergebnisse soeben veröffentlicht worden sind und eine Gesamtbevölkerung von nur 29,2 Millionen Seelen zeigen. Die Volkszählung zeigt weiter, daß in Frankreich die Geburten die Sterbefälle nur um 140 000 jährlich übersteigen, gegenüber 500 000 in England und 800 000 in Deutschland. Noch schlimmer ist aber, daß bei weiterem Sinken der Geburtenziffer in dem seit dem Kriege beobachteten Ausmaß schon im Jahre 1925 die Zahl der Todesfälle die der Geburten um mehrere Hunderttausend übersteigen wird, was die Gefahr des Aussterbens der Nation in bedrohlichster Nähe rückt. Auch die eifrigste Propaganda zur Vermehrung der Kinderzahl, die die Franzosen betreiben haben, hat nichts genützt, und nun plant man, Kinder, hauptsächlich Knaben, aus anderen Ländern zu „importieren“, um dem Lande neues Blut zuzuführen, dann aber, um der Entvölkerung Einhalt zu tun. Schon in den letzten Jahren sind aus den notleidenden östlichen Ländern zahlreiche kleine Kinder, von denen die meisten kaum über zwei Jahre alt waren, übernommen worden, aber bisher nur aus Wohltätigkeitsgründen, um diese Kinder vom Hungertod zu erretten. Erst neulich wurden tausend polnische Kinder auf die französischen Landorte verteilt. Gegenwärtig warten in Konstantinopel zweitausend kleine Knaben darauf, nach Frankreich verpflanzt zu werden. Dagegen haben jetzt aber unerwarteterweise die orthodoxen Priester Einspruch erhoben, mit der Begründung, Frankreich bekenne sich nicht zur griechisch-katholischen Lehre. Aber auch im Lande selbst melden sich Gegner gegen den „Kindereimport“ im großen. Man befürchtet, durch den fremden Einschlag einen Zuwachs, der die Rasse ungünstig beeinflusst. Die Anhänger der Idee, die etwa 1 Million Kinder nach Frankreich verpflanzen möchten, betonen dagegen, die französische Kultur sei im Laufe der Jahrhunderte Einflüssen und Strömungen der verschiedensten Art unterworfen gewesen, ohne daß dadurch der typische französische Art und Kultur Abbruch getan worden sei.

Im Potsdamer Schauspielhaus wird vom 2. August an eine Sommerpielzeit eröffnet. Man wird die „Ballarina des Königs“ spielen und der Fremden wegen schon um 4 Uhr anfangen.

Sonntägliche Wanderziele.

Budow.

Budow, die Perle der märkischen Schweiz, bildet das Ziel der heutigen Wanderung. Mit den Fernzügen der Ostbahn fahren wir bis Dohmsdorf-Müncheberg. Sonntagsrückfahrkarte, die zur Hinfahrt schon am Sonnabend von 12 Uhr mittags an berechtigt, vom Schiffschen Bahnhof III. Klasse 19 M., IV. Klasse 15 M., von den Fernbahnhöfen der Stadtbahn 22 M. und 18 M. Vom Bahnhof wandern wir auf dem neben der Kleinbahn führenden Wege nach Budow. Das Gelände ist außerordentlich hügelig, Berge und Mulden wechseln ständig miteinander ab; häufig sind die Mulden von Wasser angefüllt, die bei größerer Ausdehnung als Seen das Landschaftsbild beleben. Wir befinden uns in einem Endmoränengebiet der Eiszeit. Eine längere Zeit hindurch lag hier der Rand der nordischen Inlandeisdecken; vorn schmolz ebensoviele Eis ab, wie von hinten nachfloß.

Von der Kleinbahnstation Budow wandern wir nicht in die Stadt, sondern links ab durch die Röhrenstraße und auf dem Wege nach Hafenhof zwischen Abendrotsee (links) und Weikem See (rechts) hindurch zur Budower Ziegelei. Hier wenden wir uns nach rechts zum Westufer des Schermühlesees, dem wir gen Nord folgen. Der Weg führt auf dem Talgrund in der Nähe des Sees entlang; er bietet große landschaftliche Schönheiten. Die aus beträchtlicher Höhe ziemlich steil zum See abfallende Hochfläche ist von zahlreichen Schluchten, sogenannten Kehlen durchschnitten, die von den Regen- und Schneeschmelzwässern ausgewaschen wurden. Sie liegen meist trocken; nur nach größeren Regenfällen und zur Zeit der Schneeschmelze dienen sie als Abflusstrinne. Am Nordende des Schermühlesees liegt die Bollersdorfer Höhe. Von hier genießen wir eine prächtige Aussicht über den langgestreckten See. Er gehört zu den Rinnenseen, die von den eiszeitlichen Schmelzwässern ausgefurcht wurden.

Von der Bollersdorfer Höhe steigen wir zur Chaussee von Budow hinab. Vor dem Sophienfließ wenden wir uns nach links auf den Boetensteig, der am Waldbrand in der Nähe des Fließes hinführt. Auf einigen Steinen überschreiten wir das Fließ und steigen nun bergan. Ein schöner Nischwald hat uns aufgenommen, der besonders viel Azazien enthält. Ueber Jenashöhe gelangen wir zum Dachsberg, auf dem eine Schutthütte in Form eines Pilzes steht. Am Fuß des Berges schimmert die grüne Wasserfläche des Kleinen Tornowsees. In der Nähe liegt der Teufelsstein, ein gewaltiger Findlingsblock, der in zwei Teile geborsten ist. Wir wandern weiter durch die Silberkette, ein kammartige Schlucht mit Treppentritten zum Elßium, und am Großen Tornowsee vorüber zur Prühagener Mühle.

Vom Birnhaus der Mühle wandern wir nach Süden. Kurz nachdem wir den Abflusgraben des Großen Tornowsees überschritten haben, biegen wir von der Straße links ab. In der Nähe steht die Blutbuche, ein stattlicher Baum mit gewaltiger, braunroter Krone. Wir bleiben nun am Rande der Niederung, die vor der Stobberow oder Stobber durchflossen wird und kommen beim Schweizerhaus wieder an die Straße nach Budow. Dicht bei sprudelt die Günterquelle.

Bald haben wir Budow erreicht, ein sauberes Städtchen, das vielfach als Sommerfrische aufgesucht wird. Der an der Stelle einer alten wendischen Siedlung errichtete Ort wird bereits in einer Urkunde von 1249 erwähnt. Besonders viel Bienenzucht wird hier getrieben. Durch die Stadt wandern wir zum Bahnhof der Kleinbahn, die uns nach Dohmsdorf-Müncheberg zurückbringt. Weglänge 22 Kilometer.

Teltow.

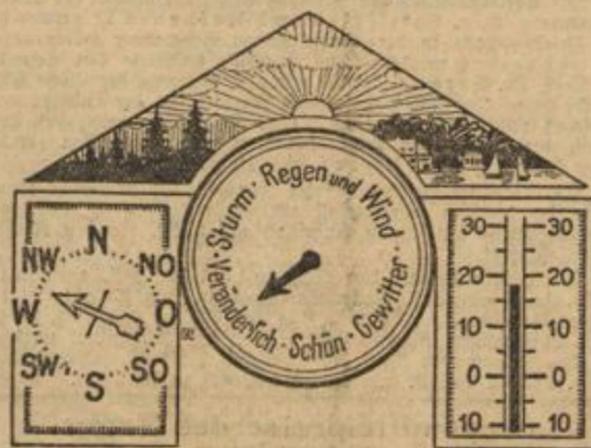
Mit den Zügen der Wannseebahn fahren wir bis Zehlendorf-Mitte. Von dem alten Dorf, das dem Kloster Zehlin gehörte und von dem schon Urkunden aus der Mitte des 13. Jahrhunderts berichten, ist nichts mehr vorhanden; er ist in einen sogenannten Willenort umgewandelt worden. Wir gehen durch die Teltower Straße und auf der Teltower Chaussee durch Schönau zum Teltowkanal, den wir auf der Anseebad-Brücke überschreiten. Jenseits des Kanals liegt Teltow, das in der durch Urkunden überlieferten Geschichte erstmalig gegen Ende des 13. Jahrhunderts auftaucht. Das Städtchen, das bis in die jüngste Vergangenheit einen stillen verdämigen Winkel in der Nachbarschaft der Großstadt bildete, ist durch die Lebensader des Teltowkanals zu einem im Aufstehen begriffenen Ort geworden. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich dort altersher die „Teltower

Rübchen“, die auch heute noch in Teltow und Umgebung angebaut werden und sich durch köstlichen Wohlgeschmack auszeichnen.

Ueber den Marktplatz und an der Andreaskirche vorüber, deren hochragender Turm weithin im Lande sichtbar ist, kommen wir zur Neuen Straße und zur Potsdamer Straße; sie führt uns zum Städtchen hinaus nach Klein-Rachnow. Dieses Gut gehört der Familie von Hafe, die es schon etwa fünf Jahrhunderte lang besitzt. Rechts der Hauptstraße, an der Zehlendorfer Straße, liegt die Burg mit dem Bergfried. Einer derer von Hafe war es, genannt Hafe von Stülpe, der 1517 in der Zinnaer Forst bei Zierbog den Abblöhrer Teigel überfiel und ihm den gut gefüllten Geldbeutel abnahm, nachdem er sich vorher bei Teigel Abblöhr für diese erst zu begehende Sünde gekauft hatte. Wir kommen zur Rachnower Schleuse, der einzigen Schleuse des Teltowkanals auf seinem 37,8 Kilometer langen Lauf.

Von der Rachnower Schleuse wandern wir auf der Chaussee weiter durch die Klein-Rachnower Forst. Wir überschreiten die Potsdamer Bahn, die in einem tiefen Einschnitt durch die Wälder, kreuzen bald darauf den Königsweg und biegen etwa nach 7 Minuten rechts ab zum Jagdschloß Dreilinden. Vor dem Schloß steht ein großer Kumpstein, der 1864 in Hadersleben in Schleswig aufgefunden wurde. Er ist mit Runen, den altgermanischen Schriftzeichen, bedeckt. Derartige Steine wurden zur Erinnerung an heroische Personen oder bedeutungsvolle Geschehnisse errichtet. Von Dreilinden folgen wir dem Wege zur Chaussee, die neben der Eisenbahn hinführt. Unter der Bahn hindurch und dann rechts hinaus kommen wir zum Bahnhof Wannsee. Von hier Radsfahrt entweder zur Stadtbahn oder zum Wannseebahnhof. Weglänge 15 Kilometer.

Wie wird das Sonntagswetter?



Nach ein paar ziemlich heiteren, warmen Tagen trat zu Beginn dieser Woche wieder trübes, regnerisches Wetter ein, das im größten Teile Deutschlands mit kurzen Unterbrechungen anhält. Die zum großen Teile von Gewittern begleiteten Regenfälle waren an vielen Orten ergiebig. Beispielsweise wurden am Montag morgen in Trier 31, in Torgau 28, am Dienstag in Stralsund 45, am Mittwoch in Beuthen 35 Millimeter Niederschlagshöhe gemessen. Ueberall fand wieder eine bedeutende Abkühlung statt, die zwischen Dienstag und Mittwoch, nachdem sich die Winde verstärkten und nach Nordwest gedreht hatten, noch zunahm. In Berlin sank die Temperatur in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag bis auf 10 Grad C. Zwar stieg sie, nachdem ein Hochdruckgebiet von Südwesten nach Mitteleuropa gelangt war und der Himmel sich aufgeklärt hatte, am Donnerstag vormittag ziemlich rasch empor. Aber schon am Nachmittag fanden abermals Regenfälle und Abkühlung statt, da vom europäischen Nordmeer ein neues Tief nach der skandinavischen Halbinsel zog und sich dann mit dem schon seit längerer Zeit in Nordwestrußland befindlichen Tiefdruckgebiet vereinigte, während das Hoch aus Mitteleuropa nach dem Biskajischen Meer zurückwanderte. Jetzt scheint das nordöstliche Tief seinen Weg langsam in östlicher Richtung fortzusetzen. Nach seiner Entfernung dürfte sich das südwestliche Hochdruckgebiet wieder weiter nach nordostwärts ausbreiten. Bei ziemlich frischen westlichen bis nordwestlichen Winden haben wir daher zwar für Sonnabend wieder überwiegend trübes, aber für Sonntag etwas wärmeres, vielfach heiteres, obwohl noch veränderliches Wetter und an beiden Tagen nur wenig oder überhaupt keinen Regen zu erwarten.

Fahrpreiserhöhungen und kein Ende.

Von der neuen Straßenbahn-Fahrpreiserhöhung waren gestern (Freitag) morgen viele Fahrgäste, die offenbar keine Zeitungen mehr lesen, sehr überrascht, und die Schaffner und Fahrer bekamen keine Schmeicheleien zu hören. Es wird zunächst mit einer Abwanderung in die Stadt- und Ringbahn und die Hochbahn gerechnet. Als nächstes Verkehrsmittel folgte bereits 24 Stunden später die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft, die für heute (Sonnabend) eine Erhöhung der Autobus-Fahrpreise eintritt. Teilstrecken kosten in Zukunft 5 M., die ganze Strecke, mit Ausnahme auf der Linie E. 7 M. Für die sogenannte Augustinlinie E beträgt der Fahrpreis für die Teilstrecken 5 und 7 M., und für die ganze Strecke 8 M. — Weitere Tarifierhöhungen werden voraussichtlich auch bei der Hochbahn und im Stadtbahnverkehr eintreten, die letztere wird voraussichtlich zum 1. Oktober, möglicherweise aber schon früher, gezwungen sein, die Fahrpreise für die Stadt- und Ringbahn (Rindfleischpreise) heraufzusetzen. Die Betriebslage bei der Omnibusgesellschaft, die diesmal wieder die Straßenbahn mit der Tarifierhöhung hat vorausgehen lassen, erfordert, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, einen noch höheren Tarif, so daß in absehbarer Zeit eine weitere Steigerung des Tarifs erforderlich sein wird. Auch die Kraftdroschkenbesitzer sind bereits um eine erneute Erhöhung der Taxe eingekommen, deren Genehmigung durch den Magistrat bereits erfolgt ist, während der Polizeipräsident voraussichtlich schon in den nächsten Tagen seine Zustimmung geben wird. Auch die Tarife der Berliner Verkehrsmittel nähern sich also im Sturmschritt den Weltmarktpreisen an.

Der Schritt vom Wege.

Böse Folgen einer unbedachten Ehe.

Ein aufsehenerregender Silberdiebstahl in der Willenkolonie Westend, bei welchem dem Weingroßhändler H. Familien Silber im Werte von vielen hunderttausend Mark entwendet worden war, beschäftigte gestern das Schöffengericht Charlottenburg. Angeklagt waren der Fleischer Walter Hermann und der Werkzeugmacher Kurt Wille, sowie drei Berliner Metallhändler.

Der Angeklagte Hermann hat ein sehr wechselvolles Schicksal gehabt. Nachdem er im Felde schwer verwundet worden war, trat er in das Geschäft seines Vaters ein. Gegen den Willen seiner Eltern heiratete er dann ein hübsches, aber unglückseliges Mädchen, so daß ihn der Vater verließ. Seine Frau dankte ihm dies damit, daß sie ihm nach kurzer Zeit unter Mitnahme sämtlicher Wertgegenstände mit ihrem früheren Geliebten durchbrannte. Dies hatte einen völligen moralischen Zusammenbruch des jungen Mannes zur Folge, der nun in schlechte Gesellschaft geriet und verschiedene Diebstähle beging, bis er schließlich bei seinem Onkel, dem Weinhändler H., eine Zufluchtsstätte fand. Eines Tages war er verschwunden und mit ihm das gesamte Tafelsilber im Werte von 300 000 M. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß die beiden Angeklagten, Kessen des Bestohlenen, und ein inzwischen flüchtig gewordener Friseur Parisch als mutmaßliche Täter in Frage kamen. — Vor Gericht ließ sich die Schuld des Wille nicht nachweisen, so daß dieser freigesprochen werden mußte. Hermann wurde zu 6 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt, die wegen Heberlei mitangeklagten Metallhändler freigesprochen.

Das Schweigen in den Lüften.

Hausdiebe in der „Komischen Oper“ hatten seinerzeit um weniger hundert Mark willen der Direction einen Schaden zugefügt, der sich auf über eine halbe Million Mark beläuft. Diese Diebstähle hatten gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein gerichtliches Nachspiel. Angeklagt wegen Diebstahls in mehreren Fällen waren der frühere Oberbeleuchter der „Komischen Oper“ Fritj Erdmann und der Elektrotechniker Erwin Neumann, während sich mehrere Kaufleute, Inhaber von Installationsgeschäften, unter der Anklage der Heberlei zu verantworten hatten.

Im Dezember v. J. wäre beinahe eine Störung der Vorstellungen der „Komischen Oper“ dadurch erfolgt, daß plötzlich die Elektromotoren der Wind- bzw. Donnermaschine und der Regenvorrichtung auf geheimnisvolle Weise verschwanden, so daß, wo das Publikum Sturm, Regen, Donner erwartet hätte, allgemeine Stille in den Lüften über den weitbedeutenden Brethern geherrscht hätte. Kurz darauf wurden auch die großen Motoren der Heizungsanlagen ihrer Unter beraubt. Als Diebe wurden die beiden jetzigen Angeklagten ermittelt, welche die Motoren bzw. den Kupferdraht für wenige hundert Mark „verschafft“ hatten, ohne zu bedenken, daß dadurch ein Schaden von mehreren Hunderttausend entstand, da die Motorkörper nur noch als alles Eisen veräußert werden. Wie Direktor James Klein als Zeuge bezeugt, ist ihm insbesondere dadurch auch ein enormer Schaden erwachsen, daß die ent-

Der Ruf durchs Fenster.

65] Roman von Paul Frank.

Obwohl ich Ihnen, meine sehr verehrten Herren und Damen, in einem Atem und meinen eigenen Worten nur scheinbar widersprechend, zugleich die überraschende Mitteilung machen muß, daß dieses Gastspiel gar nicht unterblieben ist, sondern daß es dennoch stattgefunden hat. Der Werwolf ist, mit Albert Reuß in der Hauptrolle, aufgeführt worden. Hier in Riga hat die Vorstellung stattgefunden, allerdings nicht auf einer der üblichen Bühnen, vor allem nicht, wie ursprünglich beabsichtigt und wie man hätte annehmen können, im Deutschen Theater — überhaupt nicht unter den geplanten Modalitäten, sondern unter anderen, ungewöhnlichen, man möchte beinahe sagen, unter noch nie dagewesenen Umständen. Die Stadt Riga kann jedenfalls für sich die unumstößliche Tatsache in Anspruch nehmen, daß das, was sich hier in den letzten Tagen ereignet, niemals zu irgendeiner Zeit in irgendeiner Stadt der Welt sich zugetragen hat. . . . Haben Sie bloß noch ein wenig Geduld, und ich will versuchen, Ihnen all das zu erklären.

Wir alle haben jetzt eine Reihe von aufgeregten Tagen hinter uns, wie Sie diese Stadt hoffentlich noch nicht allzuoft durchgemacht hat. Ein boshafte Schicksal schien uns nicht zur Ruhe kommen zu lassen, und die schlimmen Ereignisse, die mehr als peinlichen Vorkommnisse überstürzten sich, reichten einander die Hand, lösten einander ab. Die Polizeibehörde hatte wahrlich mehr Arbeit zu leisten, als ihr lieb gewesen sein mochte, und noch niemals schien das Geseß der Serte derart zur Geltung kommen zu wollen, wie gerade diesmal, da der Fall Reuß durch den Fall Dieß und dieser wieder durch die Affäre Faltin verbunden worden ist.

So weit halten wir immerhin schon, daß die Zusammengehörigkeit dieser drei Fälle als bekannt vorausgesetzt werden darf, die noch vor kurzer Zeit niemand geahnt oder für möglich gehalten und die ich selbst gelegentlich hätte. Trotzdem ist, was uns im Verlauf der letzten Woche in Erfahrung gesetzt, uns

schaudern gemacht, keineswegs unabhängig voneinander entstanden. Der wichtigste Punkt, den es heute für mich zu erlebigen gilt, ist der, die rätselhafte Psychologie des Phänomens Reuß und der damit in Verbindung stehenden Fälle derart zu deuten und vor Ihren Augen klarzulegen, daß Sie hieraus zu erkennen vermögen, was im Grunde Triebfeder und Wurzel dieser Ereignisse gewesen ist, die allesamt mit Verbrechen und Verbrechenertum nichts zu schaffen haben, da die Wahrheit über Albert Reuß weder den Untersuchungsrichter noch die Geschworenen, sondern einzig und allein den Arzt angeht, der sie auch im Verlauf der nächsten Stunde verkünden wird!

Wir wollen uns vor allem erinnern, daß Albert Reuß eines Abends selbst verschwunden ist, und daß man ihn für das Opfer eines geheimnisvollen Verbrechens gehalten hat, während wir heute wissen, daß er die Entführung der Erika Dieß sowie die Verleitung des Richard Faltin auf sich zu nehmen hat. Jedermann wird den trassen Widerspruch erkennen, der zwischen dieser Behauptung und jener liegt, die vorhin die Kompetenz des Richters für den Fall Reuß gelegentlich hat. Es handelt sich nämlich nur um einen scheinbaren Widerspruch, da wir die Umstände noch nicht kennen, die das geheimnisvolle Verschwinden des Schauspielers aus der Theatergarderobe zur Folge gehabt hat. Um es deutlicher zu sagen: Sie kennen diese Voraussetzungen nicht, meine sehr verehrten Herrschaften, aber ich kenne sie!

Es wird nunmehr nötig sein, von jenem Stück des Herrn Klaus Garbislander zu sprechen, dessen Hauptrolle Albert Reuß zuletzt studiert, für das er sich eingeseht, das er durchgeführt und dem er schließlich — in Wien — zu einem großen, wohlverdienten Erfolg verholfen hat. Sie können sich wohl vorstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ein berühmter Schauspieler, der jahraus, jahrein fest im Berufe steht und Rolle um Rolle spielt, eines Tages für ein Werk, das er gleichsam entdeckt hat, ganz besonderes Interesse zeigt, weil ihn der darzustellende Charakter im besonderen reizt, und der infolgedessen mit allen Kräften an der Arbeit ist, dem Werk zum Siege zu verhelfen, an das er bisher allein geglaubt hat. Der Fall ist ähnlich, wenn ein aus mannigfachen Stürmen des Lebens heil hervorgegangener, von allen Händen geachtet, mit allen Wassern gewaschen, in allen Säften gereicher Aben-

teurer und Liebemann plötzlich in reiner Liebe einem Mädchen sich verbindet. . . .

Klaus Garbislander kam zu Albert Reuß und dieser war von dem Erstlingswerk des bis dahin völlig unbekanntem Schriftstellers geradezu entzückt. Als er Herrn Garbislander solches Urteil mitteilte, gestand dieser, daß er, als er dieses Stück schrieb, was die Hauptrolle anlangte, einzig und allein an Reuß gedacht hatte, daß dieser sein Vorbild gewesen sei, als er die Figur des Verderbers und Verführers, des Wehrwolfs, geformt und entworfen habe. Kaum, daß der Autor den Schlupfunkt hinter die letzte Szene gesetzt hatte, ist er mit seinem Stück zu jenem Darsteller gegangen, der seiner Ansicht nach der einzige war, der für die Hauptrolle, sollte diese vollkommen wiedergegeben werden, in Betracht kam. Vielleicht hat Reuß schon während der Lektüre gespürt, wie der vom Dichter erschaffene Charakter in seine Persönlichkeit hineinwuchs, und aller Wahrscheinlichkeit nach hat sein in zahlreichen Schlachten erprobter Instinkt ihm damals schon den richtigen Weg gewiesen. Klaus Garbislander sah somit die Erfüllung, die Verwirklichung seines Ideals nahegerückt, sein Stück war angenommen, und er hatte Gelegenheit, sich immer wieder zu überzeugen, daß das Interesse des Schauspielers, dem er sein Werk anvertraut, und dem er zugleich eine ebenso schwierige, wie bedeutende Aufgabe gestellt hatte, sich in gleichem Maße erhielt.

Die Proben zum „Werwolf“ waren in vollem Gange. . . . und ich muß die verehrten Anwesenden hier nochmals um Vergebung bitten, wenn ich die scheinbare unwesentliche Vorgeschichte hier breit und ausführlich erzähle. Sie müssen mir eben glauben, daß sie wesentlich und wichtig ist, und wenn ich vom „Werwolf“ spreche und immer wieder auf ihn zurückkomme, so geschieht es darum, weil er zur Sache gehört und gleichsam Basis und Fundament für die folgenden Vorgänge bildet.

Reuß ist an das Studium der Rolle des Melchior Krafft gegangen, von der er sich, seinem eigenen Auspruch nach, ungeheuer viel erwartete und die ihn ganz besonders stark interessierte. Daß seine Wahl eine glückliche gewesen, bezeugt der Erfolg, den er errungen und den die einstimmig enthusiastisch sich äussernden Kritiken wieder spiegeln.

(Fortsetzung folgt.)

Oedlandsiedlung in Nordwestdeutschland.

Von W. Helling, Prof. d. Nordwestdeutschen Heuerleuteverbandes.

Durch das Reichsiedlungsgesetz vom 11. August 1919 ist das Siedlungswesen gesetzlich in Angriff genommen worden. Dieses Gesetz verfolgt volkswirtschaftliche wie auch soziale Ziele. Zunächst soll durch Urbarmachung der Moor- und Oedländer und durch Aufteilung von schlecht bewirtschafteten Großgrundbesitz die Anbaufläche und somit auch die landwirtschaftliche Produktion vergrößert werden, auf der anderen Seite will man strebenden Landarbeitern, Pächtern und Heuerleuten den sozialen Aufstieg ermöglichen, damit diese Menschen gesunde zufriedene Staatsbürger werden und nicht durch Auswanderung dem deutschen Volksganzen verloren gehen. Bekanntlich gibt es in Hannover, Oldenburg und Westfalen große Strecken Oedlandes, welche sich ausgezeichnet zur Kultivierung und Besiedlung eignen. Gerade die Oedlandsiedlung stellt durch Verbindung des sozialen mit dem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte eine außerordentlich glückliche Lösung des Siedlungsproblems dar. Wenn man als Volkswirtschaftler gegen die Aufteilung gut bewirtschafteter Güter und Domänen gewisse Bedenken hegen muß, so glaube ich jedoch, daß man jedem deutschen Staatsbürger die Überzeugung beibringen kann, daß unkultiviertes Oedland unbedingt und ohne große Umstände im Interesse des Volksganzen zu Siedlungszwecken enteignet werden muß.

Um so befreundender muß es wirken, daß eine Enteignung des Oedlandes in Nordwestdeutschland in der Praxis so gut wie unmöglich ist. Hunderte von siedlungslustigen Pächtern und Heuerleuten müssen die Erfahrung machen, daß zwar Oedland in großen Flächen vorhanden ist, aber sie es leider nicht bekommen können, trotz Republik und Siedlungsgesetzgebung.

Warum?

In erster Linie, weil nach langen Kämpfen die Zentrumsabgeordneten Herold und Burlage in § 3 des Reichsiedlungsgesetzes durchgesetzt haben, daß die Enteignung von Oedland erst dann stattfinden kann, wenn der Eigentümer sich nicht verpflichtet, innerhalb einer ihm gesetzlich angemessenen Frist eine seinen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Fläche selber in Kulturland umzuwandeln. Dadurch wird die Möglichkeit gegeben, das Siedlungsgesetz mit Hilfe von einem Stab von Rechtsanwältinnen zu sabotieren. In den Versammlungen der Grundeigentümer hört man zwar viel von dem Hilfswort der Landwirtschaft, Vermehrung der Anbaufläche usw. Wenn aber diese Herren ihre großen Worte in die Tat umsetzen sollen, dann geht das Eigentumsrecht am ererbten Grund und Boden über das Wohl der Gesamtheit. Der eine besät die betreffende Fläche zum Schein des Gerechten mit Gerbellen, der andere brennt die Heide ab und sät nach den Rezepten des Waldbauvereins einige Kiefern samen, um nur ja dem bösen Siedlungsgesetz ein Schnippchen zu schlagen. Glück ist dem Kulturland trotzdem, beim Landesministerium einen Antrag auf Enteignung durchzusetzen, so erfolgt prompt von der Seite des Eigentümers eine Beschwerde beim preussischen Landwirtschaftsministerium. Hat der Antragsteller Ländereien von anderer Seite zugepachtet, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß ihm dieselben reiflos gekündigt werden.

Das Siedlungswesen leidet aber auch unter dem bürokratischen Vorgehen vieler Behörden, Kulturämter und z. T. sogar des preussischen Landwirtschaftsministeriums, das die Enteignungsanträge derart verschleppt, daß allen Beteiligten die Lust zum Siedeln vergehen muß. Ein zutreffendes Bild über den gegenwärtigen Stand der Oedlandsiedlung in Nordwestdeutschland geben die zahlenmäßigen Unterlagen aus dem Kreise Verdenbrück. Auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes wurden bisher aus dem Kreise Verdenbrück im ganzen 109 Anträge auf Neu- oder Anliegersiedlung gestellt. Es handelt sich bei diesen Antragstellern vielfach um Pächter, welche nicht nur über einen großen Viehbestand und das notwendige landwirtschaftliche Inventar verfügen, sondern auch noch genügend Bargeld besitzen, um mit eigenen Mitteln die notwendigen Wohn- und Wirtschaftsgebäude zu errichten. Für die Enteignung kommt hier nur unkultiviertes Oedland in Frage, weil die Bestimmungen des Reichsiedlungsgesetzes in fast allen Kreisen Nordwestdeutschlands die Aufteilung der Güter ausschließen. Von diesen 109 Antragstellern haben durch Enteignung oder freien Verkauf im ganzen fünf Personen Land erhalten; abgewiesen oder zurückgezogen, weil keine Aussicht auf Enteignung vorhanden, wurden 26 Anträge, das Verfahren schwebt noch für 78 Fälle. Aber auch diese Antragsteller werden wahrscheinlich größtenteils kein Land bekom-

men, weil sich jetzt sog. Organisationen wie der Westfälische Bauernverein und maßgebende Politiker, wie der Zentrumsabgeordnete Herold, auf die Seite der Grundeigentümer stellen. Sehr aufschlußreich ist folgender Fall: Dem Hofbesitzer Tebbe-Südmergen, welcher eine Fläche von 80 Hektar bewirtschaftet, sollten auf Antrag der Kreisiedlungsgesellschaft Verdenbrück 8 Hektar Oedland enteignet werden. Noch während das Enteignungsverfahren schwebte, hat Tebbe versucht, das Land zu einem namhaften Preise nicht an einen Siedler, sondern an einen größeren Eigentümer zu verkaufen. Der Landrat des Kreises Verdenbrück verweigerte daraufhin die Genehmigung zum Verkauf, weil eben das Enteignungsverfahren schon eingeleitet war. Die Mehrheit des Kreis Ausschusses billigte dies Vorgehen des Landrats. Trotzdem hat der Westfälische Bauernverein am 11. Juli in Verdenbrück eine Protestversammlung gegen die Enteignung des Tebbeschen Oedlandes abgehalten, und der Zentrumsabgeordnete Herold wurde beim preussischen Landwirtschaftsministerium zugunsten von Tebbe vorstellig. Wie es heißt, ist in den Händen des Westfälischen Bauernvereins ein Schreiben eines Ministerialdirektors aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium, in dem das Vorgehen des siedlungsfreundlichen Landrats beanstandet wird. Die Entwicklung dieses Falles ist typisch.

Auf den Kulturämtern wird vom Staate eine große Anzahl von Beamten unterhalten, um die Siedlung zu fördern. Ein Unbetelligter kann aber leicht den Eindruck gewinnen, daß die Kulturämter in einer nur zu großen Anzahl der Fälle ihrer Aufgabe nicht gerecht werden.

Will man den Weg zu praktischer Arbeit in der Oedlandsiedlung frei machen, dann muß in § 3 des Reichsiedlungsgesetzes eine Bestimmung aufgenommen werden, daß Moor- oder Oedland auf Antrag eines Siedlungsgesetzes vom zuständigen Kulturamt sofort ohne weitere Rechtsmittel enteignet werden kann. Auf dem bisherigen Wege jedenfalls kommt man nicht weiter.

Wirtschaft

Diskonterhöhung.

Mit dem gestrigen Tage hat die Reichsbank ihren Diskontsatz von 5 auf 6 Proz., den Lombardzinsfuß von 6 auf 7 Prozent erhöht. Gleichzeitig ist auch der Zinssatz der Darlehnskassen um 1 Proz. heraufgesetzt worden, und ebenso stieg der Zinssatz, der bei der Abgabe unverzinslicher Reichsschatzanweisungen dem Abnehmer vergütet wird, um 1 Prozent.

Was bedeutet dieser Schritt der Reichsbank?

Zunächst ist sie eine Bestätigung der Tatsache, daß es allgemein an Krediten mangelt. Eine Erhöhung der amtlichen Geldzinsrate hat den Zweck, nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, daß auf Grund der Beobachtungen und geschäftlichen Erfahrungen des Zentralnoteninstitutes der Geldmarkt angespannt ist, daß es sich infolgedessen empfiehlt, durch Erhöhung der Zinssätze die Nachfrage nach Geld zurückzuführen, sein Angebot dagegen anzuspornen. Ein erhöhter Zinssatz schreckt unzuverlässige Kreditnehmer ab, reizt dagegen die Besitzer baren Geldes an, ihre Mittel dem Kapitalmarkt zur Verfügung zu stellen. Wenn nun die Reichsbank diesen Schritt unternimmt, so macht sie sich die Auffassung zu eigen, daß jetzt die Stunde gekommen ist, in den Geldmarkt regulierend einzugreifen.

Das ist um so bemerkenswerter, als bisher die Reichsbank mit solchen Maßnahmen sehr vorsichtig umgegangen ist. Seit 1914 ist der Reichsbankdiskont unverändert geblieben. Wohl hat in der Zwischenzeit die von Helfferich angeführte Notenpresse immer wieder dafür gesorgt, daß ein auftauchender Geldmangel durch große Mengen neuer Scheine rasch beseitigt wurde. Allein schon 1920 zogen sich die Wolken am Horizont der Wirtschaft zusammen, die Kredite wurden knapp, und weitsehende Finanzpolitiker steckten die Köpfe zusammen, um über Maßnahmen gegen die Kreditnot zu beraten. Zugleich trat der Konjunkturrückgang ein, der viele Tausende von Arbeitern aus den Werkstätten jagte; die Notenpresse druckte weiter; große Mengen von Geld, die vorher in Waren angelegt waren, wurden durch die Abstoßung frei — und die Kreditnot war überhanden.

Zwei Merkmale sind es, die die heutige Situation kennzeichnen. Einmal die Tatsache, daß die Reichsbank jetzt den Schritt unternimmt, nachdem kurz vorher durch Gesetz ihr eine weitgehende Selbstverwaltung und eine gewisse Unabhängigkeit von den Reichsfinanzen verliehen worden ist. Lynn aber, daß sie sich von der Tradition der letzten sieben Jahre losreißt und den Diskont erhöht. Während des Krieges waren es die bekannten Gründe der Durchhaltepolitik, die nicht nur alle Regeln gesunder Steuerpolitik vergessen ließen — so verzichtete man auf die Finanzierung des Krieges durch Steuern und setzte Anleiheapparat und Notenpresse in Bewegung. Auch von einer Regulierung des Geldmarktes war nicht mehr

die Rede. Nach dem Kriege aber setzte sich die Borgwirtschaft fort, die schwebenden Schulden des Reiches wuchsen und überschreiten jetzt das dritte Milliardenhundert. Hatte das Reich oder die Reichsbank amlich den Kredit verteuert, so hätte es zunächst seine eigenen Zinslasten vermehrt. Darum sah man nach 1920 von der Heraushebung der Geldsätze ab. Inzwischen haben sich die Verhältnisse grundlegend verändert. Der Privatcredit war immer schwerer zu erhalten. Zinssätze von 10 und 12 Proz. wurden die Regel, dazu kamen noch harte Bedingungen an Provisionen und sonstiger Art. Nur die Reichsbank vergütete auf die bei ihr hinterlegten Wechsel noch 5 Proz. Dafür mußte sie zusehen, wie der freie Markt die Reichsschatzanweisungen nicht mehr aufnahm. Man gab sie ihr zurück und verlangte Noten. Die Notenpresse arbeitete dafür in ver-schärftem Tempo, ohne genügend Zahlungsmittel auf den Markt bringen zu können. Hatte Anfang 1920 noch mehr als zwei Drittel der Schatzanweisungen des Reiches glatt bei Privaten abgesetzt werden können, so verschob sich in der Folgezeit das Bild immer mehr, bis jetzt — am 22. Juli — sich für 196 Milliarden Mark Schatzanweisungen in den Tresors des Zentralnoteninstituts häuften, so daß nur noch ein Drittel von ihnen im freien Verkehr war. Die Gründe der Geldverknappung, die den Absatz der Reichsschatzanweisungen erschweren, sind bekannt. Die steigenden Preise schufen bei Industrie und Handel einen großen Bedarf an Betriebskapital. Die Unternehmungen aber hatten in völliger Verleugnung der volkswirtschaftlichen Lage ihren Kredit verpulvert, ihr Kapital verwerfend, die Aktionäre ver-möht und jede noch so kühne Spekulation der privatkapitalistischen Geldgeber unangenehm entzündet. So fügen sie jetzt ohne ausreichende Mittel da. In den Produktionszyklus sind immer während der Zeit der steigenden Preise viele Erfahrungen eingebrochen, die nicht als Profitmacher sind und weder über genügend Erfahrung, noch über genügend Realbesitz, noch über andere Kreditgrundlagen verfügten. Das verarmende Volk nährte sie, die Preisstabilität der Kartelle und die rückhaltlose Preispolitik der Kartellisten züchtete sie. Alle diese Leute brauchen Betriebskapital. Was aber an Kapital — offenen oder stillen — da war, ist durch die reichen Gewinnausschüttungen und durch die gewinnbringenden Bezugsgüter oder durch andere Realisierung der „Schatzgegenstände“ zu einem erheblichen Teil in die Spekulation, von ihr in den Vorwärtshandel überführt worden. Und so setzte es schließlich ein Mittel, die dem Kapitalmarkt zur Verfügung gestellt werden konnten. Bezeichnend für die Lage ist, daß sich auch der private Kredit in steigendem Maße an die Reichsbank wandte. In den letzten Monaten hat ihr Bestand an diskontierten Wechseln und Schecks sich auf 7 Milliarden erhöht, nachdem er im Oktober vorigen Jahres auf weniger als zwei Milliarden zusammengedrückt war.

Dieses Mißverhältnis — teures Geld am privaten Geldmarkt, billiges Geld bei der Reichsbank und für das Reich — war auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Die Reichsbank hat sich endlich entschlossen, die Geldsätze zu erhöhen. Es ist kaum anzunehmen, daß damit schon ein Ausgleich erreicht ist. Im Gegenteil: die große Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Reichsbank ihre Zinssätze noch weiter erhöhen muß. Für den Zustand bietet auch ein Zinssatz von 6 Proz. nur einen geringen Anreiz, Geld in Deutschland anzulegen, solange die Valutenverhältnisse so verkommen, die Finanzlage des Reiches so unsicher ist wie jetzt. Die Reichsbank wird sich also noch mehr den privaten Geldgebern exponieren müssen, wenn nicht bald die erhoffte, aber immer hinausgeschobene Regelung der Reparationen der deutschen Wirtschaft und den deutschen Reichsfinanzen eine gesündere Grundlage gibt. Daß damit der Kredit des Reiches sich auch verteuert, wird offensichtlich auch den möglichen Finanzbehörden eine Mahnung sein, alles zu tun, was aus eigener Kraft gegen das Finanzelend und gegen die zunehmende Geldentwertung getan werden kann.

Die Verkehrsfrage im Ruhrgebiet war auch in der abgelaufenen Woche unverändert gut. Die Brennstofflagerbestände auf den Zechen sind bis auf fast 200 000 Tonnen abgetragen.

T. V. VARIETE
Im Tausend-Palast
8 30
Das Wellstadt-Variete-Programm.
4 Uhr
Tanztee
Kaffe und warme Küche.

Jeder Besitzer des Kommentars zum Betriebsabbruchs- und Stilllegungs-Gesetz von Dr. Georg Flato braucht auch den

Kommentar
zu der Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber

Betriebsabbrüchen und Stilllegungen
nebst der Ausführungsanweisung

Unentbehrlich für Betriebsräte, Gewerkschaftler, Behörden, Arbeitgeber, Arbeitnehmer

Preis 8,- Mark

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

WIEN-BERLIN

Eigenstraße 11a
8 50

Das Wiesentanzprogramm
4 Uhr
Kaffee
m. interl. Tanz-Vorführungen
Kaffe und warme Küche

Am 22. d. M. verstarb das Mitglied d. Landgerichts Ver. II Landgerichtsrat

Dr. Robert Leiden

Wir verlieren in ihm ein vorzügliches Mitglied des Republikanischen Richterverbundes, einen überaus guten Vertreter unserer Ideen, einen bewährten und volkfreundlichen Richter, einen frohen und aufrechten Freund.

Seine letzten Wünsche und Hoffnungen seiner Seele zum letzten deutschen Volkstaat!

Berlin, den 22. Juli 1922

Der Reichsausschuß des Republikanischen Richterverbundes.

Bekanntmachung.

Gespreis.

Unter Bezugnahme auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 1922 beken wir den Gespreis für das Versorgungsgebiet sämtlicher Gemeindegewerke, also der ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Köpenicker, Lichterberger, Spandauer, Rudow-, Tegeler, Wilmersdorer, Trebbiner, Bornholmer und Hellenseer Gewerke mit Wirkung von der Staatsaufnahme im August ab einheitlich auf

8.- Mark

für das Kubikmeter Isflossheit.

Berlin, den 22. Juli 1922.

Direktion der städtischen Gaswerke. Gadamsc. Trems.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 34, Lindenstraße 83/85.

Befähigt vom 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Tel. 1. Amt Berlin 180, 1223, 1907, 9714.

Montag, 31. Juli, nachm. 8 Uhr, im Sophien-Cyberum, Weinmeisterstr. 16/17.

Versammlung

aller in der Kupfindustrie beschäftigt. Kolleginnen u. Kollegen.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Lohnabkommen. 2. Verbandsoberlegenheiten und Verhältnisse.

Dhne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Tüchtige Tischler

melden sich sofort auf eine

Kleine Anzeige im „Vorwärts“

Nachruf.

Am 19. d. M. starb unter Genesse

Paul Holz

nach schwerer Krankheit. Die Beerdigung am Sonntag, den 27. d. M., 11 Uhr, im Friedhof am Grunewald. Die Einäscherung fand am 27. d. M., 15 Uhr, im Krematorium am Grunewald.

143. Hdt. Waldmühl.

BERLITZ SCHOOLS

Leipziger Str. 123a
Ecke Wilhelmstr.

FREIENDE SPRACHEN

Einzel-Unterricht
Zirk. monatl. 125 M.

Kautabak - Niederlage

O. A. Hanewacker, Nordhausen
Grimm & Triepel, Nordhausen
Fischer & Herwig, Mann.-Münden
M. Hansen jr., Hadersleben
Joseph Doms, Ratibor

Max Ziegenhals, C. 2, Poststraße 1, Tel.: Zentrum 297.

Verkauft nur an Händler

Wohlung! Elektromonteur und Helfer!

Montag, den 31. Juli, abends 7 Uhr, in der Schützenstr., Weinmeisterstr. 16/17.

Berandenerversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht des Gewerkschaftsausschusses. 2. Berandenerwerbungsangelegenheiten. 3. Bericht über den Lohnabkommen.

Dhne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Echte extrakt. **Waltherius Nienborg - Essenz**

(Destillat) 12 Fl. M. 75, bei 24 Fl. M. 135 (inkl. U. inkl. Zu haben in Apoth. u. Droger. Herr. Lohmeyer u. Waltherr, Halle a. S. - Trotha 113)

Nasenröte, Sommersprossen

Pickel, Hautunreinigkeiten, Gesichtsröte usw. werden schmerzlos, unmerkbar t. d. Umgeb., abgeschafft durch echte Vater-Philipp-Schälkur, danach kommt anmutig lunge zarte Haut zum Vorschein. Laboratorium Dresden-Zachauwitz 146, in Berlin erhältlich bei Kleinsten-Apothek, Leipziger Straße.

Quack silber

lauft zu einem hohen Preise

Metallkauf u. -Schmelze
Bredowstr. 50, Ecke Tornstr.

Telephon: Wabitz 562. - C. Schmidt.

Möbel noch billig!

in großer Auswahl

Bar od. Teilzahlung

Möbel-Gross

Gr. Frankfurter Str. 141
Invalidenstr. 5, Hpt. Kämt.

Von den 12 echten Jubiläumspieren. (Wert 150.000 Mark), der

Zahnpasta

Kaliklora

werden Anfang Oktober

5 echte Perlen an die eifrigsten Sammler von Kaliklora-Kartons mit Kontrollstreifen verteilt.

25. Jahrgang

Qualmer & Co. G. m. b. H. Hamburg-19.

Die Einsendung der Kartons muss in der Zeit vom 15.-30. Sept. 1922 erfolgen. 2 Kartons gleich 1 ganzen Jubiläumspiere.

Der Telegraph bringt uns die Trauerbotschaft vom Tode des Apostels des wissenschaftlichen Sozialismus in Frankreich Jules Guesde. Mit Jules Guesde verschwindet der letzte Vertreter jener glänzenden Phalanx von Volkstribunen, die sich in der 1. Internationale von Karl Marx scharte und in allen Ländern, die von der kapitalistischen Entwicklung durchsetzt waren, das auf wissenschaftlicher Kritik begründete welterslösende Evangelium des Sozialismus verkündete.

Jules Guesde war ein Mensch von ausnehmender Begabung. Geboren am 11. November 1845 in Paris, Sohn einer Familie von Intellektuellen, widmete er sich gleichfalls dem Studium und bestand schon mit 17 Jahren das Examen, das ihn in Frankreich befähigt hätte, Mittelschulprofessor zu sein. Aber Guesde war eine zu ausgesprochene Kämpfernatur, um sich in den Schranken einer beschaulichen Gelehrtenlaufbahn wohl zu fühlen. Noch in jungen Jahren wurde er Journalist, bestieg die Rednertribüne, die er beide gleich einem antiken Volkstribunen beherrschte.

Der Kampf gegen das Kaiserreich führte ihn zur Kommune, zu welcher Zeit er in Montpellier wirkte. Dann mußte er ins Exil wandern, wo er in der Schweiz und in Italien als Sprachlehrer sich mühselig durchschlug. 1876 wieder nach Frankreich zurückgekehrt, wurde er sofort das unbestrittene Haupt jener kleinen Gruppe, die den Arbeitern die Harmoniedufel austrieb. Er hat sein Apostelamt mit Verfolgungen und Gefängnisstrafen und mit dem blinden Haß eines bornierten und verhetzten Spießbüttels büßen müssen. Er hat sein fieberhaftes Apostelwerk frühzeitig mit jener nervösen Erschöpfung zahlen müssen, die die Tragik seines Kämpferlebens blieb und die ihn jene vielseitige und schier unerhöpliche Tätigkeit verbot, die er Jaurès bewundernd neidete.

Frühzeitig verband ihn mit Paul Lafargue, der Laura Marx ehelichen sollte, eine ideale und persönliche Freundschaft, die in mehr als einer Hinsicht an das Verhältnis zwischen Marx und Engels, Liebsteht und Bebel erinnert. Lafargue, voll von Paradoxen, immer sprüde, aber von fester Gelehrsamkeit, trug viel dazu bei, daß der ebenso glänzende wie unerbittlich logische Guesde der Apostel und Märtyrer des Marxismus in Frankreich wurde.

Von 1876 bis 1879 war Guesde fieberhaft tätig, mit dem Erfolg, daß der in diesem Jahre in Marseille tagende allgemeine Kongreß der Gewerkschaften und Genossenschaften, die bis dahin unter der Leitung verschwommener Sozialgenossenschaftler standen, mit großer Mehrheit sich zum Sozialismus bekannte. Nun war der Weg frei zur Gründung der sozialistischen Partei, die ein Jahr darauf erfolgte.

Wir übergehen die folgenden Jahre, die zum großen Teil ausgefüllt waren mit inneren Kämpfen, die 1882 zur ersten Spaltung, 1893 zur zweiten Spaltung, zu einer immer größeren Zersplitterung und Schwächung führten und die Kräfte von Guesde erschöpften. Erst 1900 begann das Werk der Wiedervereinigung, das endlich 1905 vollendet war, bis der Weltkrieg auch hier seine zerstörenden Keime legte.

Jules Guesde blieb in allen diesen Wirren und Kämpfen immer derselbe unerbittlich logische Verfechter des sozialistischen Klassenkampfes. Sein Werk hier zu schildern, dazu fehlt uns der Raum. Wer Guesde nur von den Kongreßtribünen kannte, mußte ihn notwendig für einen unzugänglichen Kampfkämpfer halten. Aber hinter diesen schneidenden Äußeren eines Dogmatikers verbarg sich eine fast kindliche Künstlernatur.

Jules Guesde war wohl auch einmal Minister. Er wurde von der sozialistischen Partei mit Sembat in das Ministerium der „Nationalen Verteidigung“ delegiert, das im Augenblick der höchsten Gefahr, am 28. August 1914, als Frankreich verloren schien, gebildet wurde. Er war ein Minister ohne Portefeuille. Er, der stets den „Ministerialismus“ bekämpft hatte, nahm diesen Posten nun an, weil seine Partei von ihm dieses Opfer verlangte. Aber er hat nie ein Wort chauvinistischen Hoffens gesprochen oder empfunden.

Jules Guesdes faszinierende Beredsamkeit beruhte in erster Linie auf der unerbittlichen Logik seiner Beweisführung und auf der wunderbaren, bilderreichen und doch klassisch einfachen Form der Sprache. Mit Jaurès, der in überquellender Bescheidenheit ihn als Lehrmeister behandelte, haben ihn trotz einer fast jahrzehntelangen, tiefgehenden Divergenz doch stets Bande der Freundschaft verknüpft. Und dieser große Apostel, der einst auf den Höhen der Menschheit gewandelt ist, er starb in Armut, wie er stets gelebt hat. Wir grüßen ehrerbietig und erschütternd das Andenken dieses Vorkämpfers. J—S—J.

Die Moskauer Prozesse.

Moskau, 28. Juli. (OG.) Nach 31tägiger Verhandlung hat das Revolutionstribunal die Beweisaufnahme im Sozialistenprozess für abgeschlossen erklärt. Am 27. Juli kam der Vertreter der Anklage, der Volkskommissar für Bildungswesen, Lunarscharski, zu Wort. In Anbetracht der unbeugsamen Haltung der Angeklagten vor Gericht fordert das Zentralkomitee der kommunistischen Partei die Todesstrafe, gegen die auch Eugen Debs, Nordamerika dröhnend protestiert.

Aus Anlaß der in der Auslandspresse erschienenen Mitteilungen über den Moskauer Kerztkongreß, dessen offen oppositionelle Haltung als Anzeichen anwachsender regierungsfeindlicher Strömungen gedeutet wurde, hat die Sowjetregierung die Leiter des Kongresses nach Turkestan verschickt — ganz wie unterm Zarismus!

Vor dem Revolutionstribunal begann der Prozeß wegen der Ermordung Spiridonows, eines Berichterstatters der Moskauer „Pravda“. Wie die „Pravda“ mitteilt, hat Spiridonow einen Kampf gegen die Raubwirtschaft einer Arbeitergruppe der Fabrik Zündel geführt, die der kommunistischen Partei angehörte und die Fabrikleitung in Händen hatte. Angeklagt sind der Vorsitzende des Arbeiterkomitees, Lewin, der Fabrikdirektor Firchow und ein gewisser Wolodin.

Hejjas freigelassen!

Der Versuch der ungarischen Regierung Bethlen, dem Drachen des reaktionären Terrors den Kopf abzuschlagen, indem sie den Moskauer Hejjas verhaften ließ, ist gescheitert. Noch Donnerstag mittags hatte Bethlen energisch das Verlangen einer „Abordnung der Bevölkerung von Keisefemet“ zurückgewiesen, die in der Kuppelhalle des Parlaments die Freilassung des Hejjas forderte und zwischen durch die Parlamentsberichterstatter der Linkspresse mit Krüppeln bearbeitete. Aber Sorosy und verschiedene Regierungsparteiler, die ihre „Wahl“ dem Terror verdanken, legten sich ins Mittel, und abends war Hejjas frei. Die „Erwachenden Ungarn“ erhielten eilige Begrüßungstelegramme, von denen eines 1000 Kronen für den Ankauf eines Ehrenjäbels für Hejjas anbietet.

Der neue Dollarrekord.

Dollar 551. — Der Anteil Bayerns. — Was geschieht?

Die Mark hat gestern einen neuen Tiefstand erreicht. Amisch notierte der Dollar mit 551 den höchsten Kurs, den deutsche Börsen jemals gesehen hatten, und das bei anhaltend fester Tendenz. Bei der neuen Dollarhauffe spielen natürlich die außenpolitischen Gründe eine große Rolle, so insbesondere die Ablehnung der von Deutschland verlangten Verringerung des Ausgleichsverfahrens und der voraussichtliche Aufschub der Londoner Konferenz. Nicht ohne Einfluß ist ferner die Tatsache, daß die Reichsbank wieder 1 1/2 Milliarden neuer Noten ausgeben mußte und daß die schwebende Schuld Deutschlands auf mehr als 300 Milliarden angewachsen ist. Aber auch sonst ist die innenpolitische Lage von katastrophalem Einfluß auf die Mark. Hierzu wird uns von gut unterrichteter Seite geschrieben:

Die rückgängige Bewegung der Mark ist in ihrer Auswirkung in hohem Maße auf die bayerische Sonderaktion zurückzuführen. War nach dem Tode Rathenaus in Industrie- und Handelskreisen gerade in Deutschland der Eindruck entstanden, daß der Mark nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht „sich abzurufen“ zeitigen würde und war im Verfolg dessen eine Flucht aus der Mark erfolgt, so hat sich diese Erscheinung nach dem Erlaß der bayerischen Verordnung wiederholt und verschärft. Die Tendenz zum Kursfall ist wiederum stark von Deutschland selbst ausgegangen. Das Ausland verhält sich zurzeit den Kursbewegungen gegenüber ziemlich passiv; es will nicht mehr in Spekulationen mit der Mark eintreten — und selbst, wenn sie stark sinken, sich nicht an einem größeren Kauf beteiligen. So ist der Kurssturz als Folge unserer inneren Lage zu deuten. Industrie und Handelswelt bezeichnen also das Verhalten Bayerns ins Wirtschaftliche übertragen als

Gefährdung nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Einheit.

Unter diesen wirtschaftlichen Erscheinungen haben aber die Nichtbestehenden — also das Volk in seiner großen Gesamtheit — schwerstens zu leiden. Die Löhne können einer derartig um sich greifenden Geldentwertung nicht mehr folgen. Kapitalistischer Eigennutz sucht die Inflation auf die Devisenschwankungen einzustellen, um Kapitalverlusten vorzubeugen. Der ganze große Mittelstand und vor allem die Arbeiterschaft und die Lohn- und Gehaltsempfänger können dieser Bewegung nicht folgen. Die ganze Last aus dieser schwankenden Kursbewegung wird auf ihre Schultern gelegt.

Der wichtigste Teil des deutschen Volkvermögens, die Arbeiterschaft, schwindet in furchtbarem Ausmaße dahin.

Dieser Auswirkung der hinausschnellenden Devisen ist bisher die notwendige Beachtung gerade von den führenden Wirtschaftskreisen nicht geschenkt worden. Es muß wundernehmen, daß selbst bei den letzten Reichstagsverhandlungen von Demokraten, Zentrum, Abgeordneten und Volksparteilern Anträge gestellt wurden, auch die Wiederbeschaffungskosten im Falle einer vorliegenden Notlage plus Geschäftskosten als nicht unter den Bucher fallend anzusehen. Man wollte das Industrie- und Handelskapital mit dieser Bestimmung versehen, sah aber nicht, daß man den wichtigsten Kapitalbestand — Arbeiterschaft und vor allem den großen Mittelstand — dadurch weiterhin einseitig mit der ganzen Wirkung der Geldentwertung belastet.

Reichswirtschaftsminister Schmidt hat sich erstaunt hierüber ausgesprochen, daß kein Redner von Industrie und Handel eine Neubeurteilung gefunden habe, die auf die Vernichtung dieses Produktions-

faktors eingegangen wäre. Den Gipfel der Verstandlosigkeit in dieser Hinsicht zeigt der demokratische Abgeordnete Gotheim im Leitartikel eines Börsenblattes. Erst wenn es wieder fast zu spät oder gar zu spät ist, wenn unsere Arbeitskraft exportiert worden ist, wird die Einsicht zu dümmern beginnen.

Industrie und Handel spürt heute schon selbst in der sich immer weiter fortsetzenden Kreditnot die Folgen dieser gepriesenen freien Wirtschaft, dieser kurzfristigen, nur auf das privatwirtschaftliche Interesse gerichteten Wirtschaft der Erhaltung des Produktions- und Handelskapitals. Die Industrie und der Handel spürt aber auch selbst die politischen Auswirkungen bayerischer Sonderaktionen — spürt die darauf einwirkende Wirkung haltloser Devisenkäufe. Die mit den Devisen springend steigende Entwertung des Geldes überfließt die vorhandenen Betriebsmittel selbst größerer Unternehmungen. An eine Kapitalvermehrung ist heute nicht mehr so leicht wie früher zu denken, da die Banken die Obligationen und jungen Aktien nicht mehr unterbringen können. Die Reichsbank hat den Diskont heraufgesetzt. Der Bankkredit wird knapper und knapper. Die Wiedereinführung des Handelswechsels, eines kleinen Mittels, stößt auf größten Widerspruch beim Handel. Eine verminderte Produktionsbasis bringt aber verminderte Rentabilität, verringerte Betriebsmittel bringen aber zum Schluß Arbeitslosigkeit, und so muß auch hier wieder

der schwerste Anteil von der Arbeiterschaft

getragen werden. Die politischen Folgen einer steigenden Arbeitslosigkeit, die finanziellen Lasten von Staat und Gemeinden sind nicht auszudenken.

Was wird nun gegen dies alles getan?

Da ein weiteres Sinken der Valuta, ein weiteres Steigen der inneren Preise geradezu von unausdenkbaren Folgen für die Erhaltung unserer Arbeiterschaft ist, müssen zur Entlastung des Devisenmarktes von der Reichsregierung Maßnahmen getroffen werden. Das Wasser steht uns bis zum Hals! Es muß also, auch wenn eine Entscheidung der Reparationskommission noch ausbleibt, ein Kredit gesucht werden. Sollte es richtig sein, daß die Clearingzahlungen uns nicht gestundet werden, dann können wir diese Geldzahlungen nicht mehr aus dem freien Markte herausnehmen, wir müssen hierzu eine Anleihe in Aussicht nehmen. Wir brauchen eine Goldanleihe, die durch unsere Industrie garantiert wird. Es ist auch natürlich, daß derartige, auf Jahre sich erstreckende Ausgaben durch Anleihen aufgebracht werden. Sollte man nicht versuchen, für den Augenblick unseren Goldbestand für eine Anleihe zu lombardieren? Ein weiteres Sinken der Devisen nach österreichischem Muster ist doch für unsere deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse unmöglich.

Auf die Devisenfrage, welche nur wenigen Großen einen Nutzen, der gesamten Volkskraft aber ungeheuren Schaden bringt, muß das Augenmerk gerichtet werden. Ist in den Maßnahmen gegen die Kapitalflucht alles getan, damit nicht gerade diese Lage benutzt wird, um nicht für die wenigen Nutznießer dieser Situation auch noch eine blühende Anlage draußen zu schaffen?

Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser bayerischen Aktion sind furchtbarer als die politischen. Dem ganzen Volk ist ungeheurer Schaden getan. Die verantwortlichen Führer Bayerns können sich von dieser schweren Last nicht befreien. Aber trotz allem: die augenblickliche Devisensituation ist Wetterleuchten. Man muß wirtschaftliche Maßnahmen auf dem Devisenmarkte ergreifen, damit nicht das Unwetter über uns alle hereinbricht.

Mordfache Rathenau.

Verhandlung im September.

Das Polizeipräsidium teilt durch WTB. mit: Zeitungen berichten, daß die Verhandlungen in der Mordfache Rathenau im Oktober vor dem Staatsgerichtshof stattfinden wird. Diese Mitteilung ist irrig. Gegenwärtig ist der vom Staatsgerichtshof angelegte Untersuchungsrichter mit der Bearbeitung der Angelegenheit beschäftigt. Wenn sich auch noch kein genauer Termin für die Hauptverhandlung bestimmen läßt, so wird man mit Sicherheit damit rechnen können, daß die Verhandlung bereits im September stattfindet. Der von der Berliner politischen Polizei wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder festgenommene Meister der Burg Saale, Schriftsteller Dr. Stein, sowie der ebenfalls wegen Begünstigung von der Berliner Polizei festgenommene Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dietrich aus Eschur sind nicht vom Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, sondern von dem zuständigen Berliner Amtsrichter auf freien Fuß gesetzt worden. Der Oberrechtsanwalt hat sofort, als er von dieser Freilassung Kenntnis erhielt, die neuerliche Festnahme von Dr. Stein und Dietrich angeordnet. Daraus ist Dr. Stein, der sich noch in Berlin aufhält, am Freitag, den 28. Juli, von der Berliner Polizei wiederum festgenommen worden.

Der preußische Amnestieauschuß.

Der preußische Justizminister hat durch Rundverfügung vom 12. d. M. den Justizbehörden Befehl erteilt, daß auf Grund des Amnestiegesetzes zu treffenden Verfügungen und Entscheidungen zur Pflicht gemacht und die Generalstaatsanwälte angewiesen, das Gesetz nach seinem Inkrafttreten durch die Amtsblätter bekannt zu machen.

Durch Verfügung vom 26. d. M. sind weitere Anordnungen über die Anhörung der Beteiligten und ihre Belehrung über die Bestimmungen des Gesetzes, besonders über das Recht zur Anrufung des durch § 4 vorgesehenen Ausschusses, getroffen.

Das Staatsministerium hat beschlossen, daß dieser Ausschuß aus folgenden Landtagsabgeordneten bestehe:

Dr. Siegfried Rosenfeld (Erschmann Ruttner, SPD.), Gottwald-Berlin (Frau Heßberger, Ztr.), Dr. Seelmann (Dr. Kaufmann, Nat.), Dr. Kriege (Dr. v. Conern, D. Sp.), Dr. Dieckmeyer (Weib, U.S.P.), Ruschke (Dr. Preuß, Dem.), Klenzel-Halle, (Dr. Weger-Ostpreußen, SPD.).

Der Ausschuß wird im Preussischen Justizministerium, Berlin W. 8, Wilhelmstr. 65, tagen und hat dort seine Geschäftsstelle.

Der Justizminister hat gemäß der Entschließung des Landtags, durch welche das Staatsministerium ersucht ist, in eine Nachprüfung der aus Anlaß des letzten Eisenbahnerstreiks abgeurteilten Straffälle einzutreten, die Anordnungen für eine Prüfung dieser Sachen zur etwaigen Herbeiführung von Gnadenurteilen getroffen.

Karl Mommsen, der Sohn des großen Geschichtsforschers, ist gestorben. Von Beruf Bankier, hat Karl Mommsen sich als Linksliberaler auch politisch betätigt und hat früher dem Reichstag, dem preussischen Dreiklassenhaus und der Berliner Stadtverordnetenversammlung angehört.

Die Sitzung des Ueberwachungsausschusses. Die in der Presse wiedergegebene Mitteilung, daß der Ueberwachungsausschuß des Reichstages am Dienstag zusammentritt, um die bayerische Frage zu behandeln, trifft nicht zu. Richtig ist, daß der Ueberwachungsausschuß am Dienstag über die Disziplin für die Lebensversicherungsgesellschaften Beratungen pflegen wird.

An unsere Leser und Freunde!

Die Lage der Presse wird infolge des erneuten starken Marksturzes immer bedenklicher. Zur Erhaltung der Presse, die doch unbedingt Erfordernis ist, wenn unsere Kultur und politische Bildung nicht verkommen soll, ist eine Anpassung an die allgemeine Preissteigerung notwendig. Nach wie vor bemühen wir uns, auf die mißliche Lage der Arbeiter, deren Einnahmen nicht mit derselben Schnelligkeit sich steigern können, mit der die Preise für die notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sich erhöhen, Rücksicht zu nehmen.

Aber selbst die jetzt vom Reich in Aussicht genommene Hilfsaktion für die Presse wird in den nächsten Monaten eine Erleichterung nicht bringen. Inzwischen steigt die Belastung der Zeitungen ins Unerträgliche. Die aus der allgemeinen Preissteigerung folgernde Erhöhung der Löhne des Druckereipersonals bringt eine erneute 40prozentige Steigerung des Druckpreises. Die nicht zu umgehende Erhöhung der Gehälter der Redakteure und Angestellten sowie der Löhne des gewerblichen Personals und der Austräger müssen getragen werden. Aber besonders drückend ist die allmonatliche, und zwar von Monat zu Monat stärker anziehende

Erhöhung des Papierpreises.

Die Ende Juni von uns angenommene Steigerung des Papierpreises um das 97fache des Vorkriegspreises ist schon im Juli auf das 100fache gestiegen und soll im August eine besonders starke Steigerung erfahren. Die Kohlenpreiserhöhung wird weiter die Produktionskosten sowie die allgemeinen Ausgaben erhöhen. Unsere Freunde werden aus diesen kurzen Angaben ersehen, daß die Lage der Presse, die nur auf ihre Einnahmen aus Abonnements und Inseraten angewiesen, eine außerordentlich schwere ist. Es muß deshalb neben der Inseratenpreiserhöhung auch leider eine wesentliche Erhöhung der Abonnementsgebühr stattfinden.

Wir müssen, so unangenehm wir es selbst empfinden, daß die Belastung unserer Leser durch Erhöhung des Abonnements immer stärker wird, den Bezugspreis pro Exemplar für den Monat August auf 90 M. festsetzen.

Wir möchten dabei wiederholt darauf hinweisen, daß auch dieser Bezugspreis nur möglich ist unter Zuhilfenahme der Inserateneinnahmen, und bitten deshalb unsere Freunde, die Inserenten des „Vorwärts“ bei Einkäufen zu berücksichtigen.

Durch das von unseren Lesern und Genossen der schwierigen Lage unserer Presse bisher entgegengebrachte volle Verständnis sind wir überzeugt, daß sie auch weiter durch Festhalten am Abonnement und durch Propaganda für den „Vorwärts“ den Bestand unseres Organs sichern werden.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

